

Stenographischer Bericht

55. Sitzung des steiermärkischen Landtages.

III. Periode.

17. Juli 1930.

Inhalt:

Tagesordnung: Ergänzung durch die Punkte 3 und 4 der Verhandlung und dringliche Behandlung derselben (1125).

Personalien: Wahl in das Kuratorium der Landes-Hypothekenanstalt (1126).

Verhandlungen: 1. Mündlicher Bericht des Verkehrs- und volkswirtschaftlichen Ausschusses über die Regierungsvorlage, Beilage Nr. 201, betreffend die Beteiligung des Landes Steiermark an dem bundesstraßenmäßigen Ausbau der Packstraße. — Berichterstatter Riemer (1125). — Annahme des Antrages (1126).

2. Mündlicher Bericht des Finanzausschusses über die Regierungsvorlage, Beilage Nr. 202, über die Abänderung des Gesetzesbeschlusses des steiermärkischen Landtages vom 5. Juni 1930, betreffend die Errichtung einer Landes-Hypothekenanstalt für Steiermark. — Berichterstatter Ing. Wihany (1126). — Annahme des Antrages (1126).

3. Mündlicher Bericht des Finanzausschusses über die Bittschrift, E.-Zl. 662, des ehemaligen landschaftlichen Brunnenarztes in Rohitsch-Sauerbrunn, Sanitätsrates Dr. Josef Hoisel um Erhöhung seiner Gnadenpension. — Berichterstatter Dr. Minarik (1126). — Annahme des Antrages (1127).

4. Mündlicher Bericht des Gemeinde- und Verfassungsausschusses über die Regierungsvorlage, Beilage Nr. 196, Gesetz, mit welchem das Gesetz vom 7. August 1925, LGBl. Nr. 66, über die Abänderung der Bauordnung für die Landeshauptstadt Graz vom 7. September 1881, LG- u. VBl. Nr. 20, teilweise abgeändert und ergänzt wird. — Berichterstatterin Auer (1127). — Annahme des Antrages (1127).

Anfragen: Der Abgeordnete des Landbundes, Nr. 50, an den Landeshauptmann, betreffend die Intervention bei der Bundesregierung in Angelegenheit der Ausweisung des Majors Pabst und das Verhalten des Bürgermeisters Dr. Andreas Morsey, Hohenbrugg, in gleicher Weise (1125). — Dringliche Behandlung (1125). — Begründung Ing. Winkler (1127). — Beantwortung Dr. Rintelen (1129). — Redner: Leichin (1130), Dr. Sübler (1132), Dr. Sernek (1134 u. 1143), Machold (1136 u. 1138), Dr. Rintelen (1138), Ing. Winkler (1141);

der Abgeordneten des Landbundes, Nr. 51, an den Landeshauptmann, betreffend die Vorgänge bei den steierm. Landes Schulbehörden (1125). — Dringliche Behandlung (1125). — Begründung Ing. Winkler (1144). — Beantwortung Dr. Rintelen (1146).

Präsident Kölbl eröffnet die Sitzung um 19 Uhr 10 Minuten.

Präsident: Vorerst habe ich mitzuteilen, daß der Finanzausschuß in seiner Sitzung vom 17. Juli 1930 zur Kenntnis genommen hat, daß die Bittschrift von 12 Angestelltenorganisationen um Anwendung der 13. Gehaltsgefehnovelle für die Bundesangestellten auf die Landesangestellten und Lehrer durch die im Monate Juli erfolgten Auszahlungen sich erledigte.

Ich stelle weiters den Antrag, die heutige Tagesordnung durch folgende zwei Punkte zu ergänzen:

Punkt 3, mündlicher Bericht des Finanzausschusses über die Bittschrift, E.-Zl. 662, des ehemaligen landschaftlichen Brunnenarztes in Rohitsch-Sauerbrunn, Sanitätsrates Dr. Josef Hoisel, um Erhöhung seiner Gnadenpension.

Punkt 4, mündlicher Bericht des Gemeinde- und Verfassungsausschusses über die Regierungsvorlage, Beilage Nr. 196, Gesetz, mit welchem das Gesetz vom 7. August 1925, LGBl. Nr. 66, über die Abänderung der Bauordnung für die Landeshauptstadt Graz vom 7. September 1881, LG- u. VBl. Nr. 20, teilweise abgeändert und ergänzt wird.

Ich ersuche die Abgeordneten, welche der dringlichen Behandlung dieser beiden Gegenstände zustimmen, die Hand zu erheben. (Geschiebt.)

(Wird mit der erforderlichen Zweidrittelmajorität angenommen.)

Es liegen weiters vor zwei dringliche Anfragen.

Dringliche Anfrage der Abgeordneten des Landbundes an den Herrn Landeshauptmann, betreffend die Intervention bei der Bundesregierung in Angelegenheit der Ausweisung des Majors Pabst und das Verhalten des Bürgermeisters Dr. Andreas Morsey, Hohenbrugg, in gleicher Sache.

Weiters dringliche Anfrage der Abgeordneten des Landbundes an den Herrn Landeshauptmann, betreffend die Vorgänge bei den steiermärkischen Landes-schulbehörden.

An einer der Anfragen fehlt noch eine Unterschrift, sie enthält nur 7 Unterschriften. Ich bitte, das sofort nachzutragen.

Die Anfragen entsprechen unter dieser Voraussetzung den Anforderungen der Geschäftsordnung, ich werde dieselben am Schlusse der Tagesordnung zur Verhandlung bringen, nachdem die 5. Tagesstunde längst überschritten ist.

Ich schreite nunmehr zur Tagesordnung.

Punkt 1 ist der

mündliche Bericht des Verkehrs- und volkswirtschaftlichen Ausschusses über die Regierungsvorlage, Beilage Nr. 201, betreffend die Beteiligung des Landes Steiermark an dem bundesstraßenmäßigen Ausbau der Packstraße.

Berichterstatter ist Herr Abg. Riemer.

Berichterstatter Riemer: Hohes Haus! Ich habe zu berichten über die Regierungsvorlage, Beilage Nr. 201, betreffend die Beteiligung des Landes Steiermark an dem bundesstraßenmäßigen Ausbau der Packstraße.

Aus dem Berichte ist hervorzuheben (verliest den Motivenbericht aus Beilage Nr. 201).

Ich stelle daher im Namen des Verkehrs- und volkswirtschaftlichen Ausschusses den Antrag (liest):

„Der hohe Landtag wolle beschließen :

I.

Der vorliegende Gesetzentwurf wird angenommen.

II.

Der Landtagsbeschuß Nr. 631 vom 5. Juni 1930, betreffend die Beteiligung des Landes Steiermark an dem bundesstraßenmäßigen Ausbau der Packstraße, wird als gegenstandslos erklärt.

III.

Die Landesregierung wird beauftragt, bei der Bundesregierung vorzusorgen, daß dem Lande Steiermark, beziehungsweise der steiermärkischen Landesregierung bei Aufstellung der Jahresvoranschläge jeweils rechtzeitig Gelegenheit zur Stellungnahme gegeben wird, damit die Landesregierung in die Lage kommt, die für die Ausbringung der auf Steiermark entfallenden Kosten erforderlichen Vorkehrungen zeitgerecht treffen zu können.“

Das Gesetz hat folgenden Wortlaut (verliest die Gesetzesvorlage aus Beilage Nr. 201) :

Der verkehrs- und volkswirtschaftliche Ausschuß hat sich auch mit dem Gesetze beschäftigt und ich stelle namens dieses Ausschusses an das hohe Haus den Antrag, der ganzen Vorlage die Zustimmung zu erteilen.

(Der Antrag wird ohne Wechselrede einstimmig angenommen.)

Präsident: Punkt 2 der Tagesordnung ist der mündliche Bericht des Finanz-Ausschusses über die Regierungsvorlage, Beilage Nr. 202, über die Abänderung des Gesetzesbeschlusses des steierm. Landtages vom 5. Juni 1930, betreffend die Errichtung einer Landes-Hypothekenanstalt für Steiermark.

Berichterstatter ist Herr Abg. Ing. W i s s a n y.

Berichterstatter Ing. W i s s a n y: Hohes Haus! Der Landtag hat am 5. Juni 1930 den Beschluß gefaßt, in Steiermark eine Landes-Hypothekenanstalt zu errichten. Dieser Beschluß des Landtages ist gesetzmäßig der Bundesregierung vorgelegt worden und die Bundesregierung hat im wesentlichen keine besonderen Abänderungsanträge zu diesem Gesetzentwurfe beantragt. Ein einziger Punkt ist wesentlich. Im Finanzausschusse wurde beschlossen, auf Grund dieses einen wesentlichen Punktes dem Landtage auch die anderen Abänderungsanträge der Bundesregierung zur Beschlußfassung vorzulegen. In der Beilage Nr. 202 sind diese Anträge dem Landtage unterbreitet.

Der Finanzausschuß hat diese Änderungen einstimmig angenommen, ich möchte das hohe Haus bitten, ebenfalls die Genehmigung zu erteilen.

(Der Antrag wird ohne Wechselrede mit Mehrheit angenommen.)

Präsident: Im Anschlusse daran möchte ich sogleich die Wahlen in das Kuratorium der Hypothekenanstalt durchführen. Namens der Obmännerkonferenz beantrage ich, in das Kuratorium folgende Mitglieder von Seite des hohen Hauses zu ernennen :

1. Bundesrat Franz K a n d l e r, Lannach ;
2. Dr. Rolf T r u m m e r, Graz, Joanneumring 16 ;
3. Josef W a g n e r, Bauer in Webling bei Straßgang ;
4. Hubert D e w a t y, Landwirt in Deutschfeistritz ;
5. Hermann A u f t, Bürgermeister und Landtagsabgeordneter, Knittelfeld ;
6. Karl J i r a, Landtagsabgeordneter, Graz, Redtenbachergasse 9 ;
7. Karl G f ö l l e r, Landtagsabgeordneter, Graz, Schönaugürtel 62.

Als Ersatzmänner :

1. Dr. Rudolf R i c h t e r in Graz ;
2. Adolf G r i g n e r, Bauer in Hausmannstätten ;
3. Johann R e s c h, Bauer in Oberhaus ;
4. Josef R a i n e r, Landwirt und Landtagsabgeordneter, Burgegg ;
5. Koloman W a l l i s c h, Landtagsabgeordneter in Bruck, Viktor-Adler-Gasse 9 ;
6. Alois R o s e n w i r t h, Landtagsabgeordneter in Eggenberg bei Graz, Rochelgasse 29 ;
7. Johann L e i c h i n, Landtagsabgeordneter, Graz, Mauergasse 2.

Ich ersuche die Abgeordneten, welche diesem Wahlvorschlage die Zustimmung geben, die Hand zu erheben. (Geschieht.) Der Antrag erscheint mit der erforderlichen Mehrheit angenommen.

Punkt 3 der Tagesordnung ist der mündliche Bericht des Finanzausschusses über die Bittschrift, E.-Zl. 662, des ehemaligen landschaftlichen Brunnenarztes in Rohitsch-Sauerbrunn, Sanitätsrates Dr. Josef H o i s e l, um Erhöhung seiner Gnadenpension.

Berichterstatter ist Herr Abg. Dr. M i n a r i k.

Berichterstatter Dr. Minarik: Hohes Haus! Es liegt vor ein Ansuchen des Herrn Dr. Josef H a i s e l, gewesenen landschaftlichen Brunnenarztes in Rohitsch-Sauerbrunn um Erhöhung seiner Gnadenpension von 300 S auf 400 S. Das Ansuchen weist darauf hin, daß Dr. Hoisel durch 48 Jahre landschaftlicher Brunnenarzt war. Er hat als Brunnenarzt ohne jeden Gehalt viele Tausende von Steirern unentgeltlich behandelt, ebenso als Chirurgen einer Filiale des „Weißen Kreuzes“ und als Gemeindefeldarzt durch 35 Jahre gleichfalls. Außerdem hat er sich die ganze Zeit hindurch, durch 56 Jahre den Beamten und Angestellten des Landes bei ärztlichem Hilfsbedarf voll zur Verfügung gestellt. Herr Dr. Hoisel ist durch die Auswirkungen des verlorenen Krieges um sein ganzes Hab und Gut, um sein Vermögen gekommen, er ist 86 Jahre alt, am ganzen Körper gelähmt und fast erblindet und taub, und bedarf einer fortwährenden teuren Pflege, die er nicht bestreiten kann. Übrigens hat er noch für einen 51jährigen, arbeitslos gewordenen Sohn, Richard, zu sorgen. Er führt an und weist hin, daß, wenn er nun eine Erhöhung seiner Gnadenpension vom Lande bekommt, er eigentlich ein Sterbender ist, und daß er nur ganz wenige Monate die Finanzen des Landes in Anspruch nehmen wird. — Die Landesregierung hat in ihrer letzten Sitzung den Akt überprüft, der durch ein ärztliches Zeugnis und durch eine Befürwortung der Steier-

märkischen Ärztekammer, sowie der Organisation der Ärzte Steiermarks unterstützt wird. Sie weist darauf hin, daß das Gesuch zu befürworten wäre mit Rücksicht auf die volle Erwerbslosigkeit und die Gebrechen des Gesuchstellers. — Aus diesem Grunde wird die volle Stattgebung des Ansuchens auf Erhöhung der Gnadengabe von 300 S auf 400 S befürwortet. Namens des Finanzausschusses erlaube ich mir daher den Antrag zu stellen (liest):

„Dem Sanitätsrat Dr. Josef Hoisel, ehemaligen landschaftlichen Brunnenarzt in Rohitsch-Sauerbrunn, wird über seine Bittschrift, E.-Zl. 662, die Erhöhung seiner Gnadenpension von 300 S auf 400 S monatlich ab 1. Mai 1930 bewilligt.“

Ich bitte um Annahme dieses Antrages.

(Der Antrag des Finanzausschusses wird ohne Wechselrede einstimmig angenommen.)

Präsident: Punkt 4 der Tagesordnung:

Mündlicher Bericht des Gemeinde- und Verfassungsausschusses über die Regierungsvorlage, Beilage Nr. 196, Gesetz, mit welchem das Gesetz vom 7. August 1925, LGBl. Nr. 66, über die Abänderung der Bauordnung für die Landeshauptstadt Graz vom 7. September 1881, LG.- u. V.-Bl. Nr. 20, teilweise abgeändert und ergänzt wird.

Berichterstatterin ist die Frau Abg. Auer.

Berichterstatterin Auer: Hohes Haus! Ich habe zu berichten über die Abänderung des Gesetzes vom 7. August 1925, LGBl. Nr. 66 (liest):

„Der steiermärkische Landtag hat beschlossen:

Artikel I.

Im Gesetze vom 7. August 1925, LGBl. Nr. 66, ist im Artikel II, 2. nach dem Absätze (10) ein neuer Absatz (11) anzufügen:

(11) Die Gemeinde Graz hat dem Hausbesitzer auf sein Verlangen die ihm vom Mieter als Mietzinsbestandteil zu erscheidenden Kanalbenützungsgebühren (Absatz 1) abzuschreiben, wenn der Hausbesitzer diese Ersätze vom Mieter vergeblich eingefordert hat und er das Verlangen um Abschreibung binnen 6 Monaten nach Fälligkeit der Ersätze stellt. Die Gemeinde hat jedoch das Recht, wenn sie diese Ersätze für einbringlich hält, die Abtretung dieser Forderungen des Hausbesitzers gegen den Mieter zu verlangen.“

Der Gemeinde- und Verfassungsausschuß hat diese eigentlich rein formale Änderung einstimmig angenommen und ich bitte auch das hohe Haus um Annahme der Abänderung.

(Der Antrag des Gemeinde- und Verfassungsausschusses wird ohne Wechselrede einstimmig angenommen.)

Präsident: Es gelangen nunmehr zur Verhandlung die zwei dringlichen Anfragen, die ich eingangs der Sitzung verlesen habe, und zwar zuerst die dringliche Anfrage der Abgeordneten des Landbundes an den Herrn Landeshauptmann, betreffend die Intervention bei der Bundesregierung in Angelegenheit der Ausweisung des Majors Pabst und das Verhalten des Bürgermeisters Dr. Andreas Morsey von Hohenbrugg in der gleichen Sache.

Zur Begründung dieser Anfrage erteile ich dem Herrn Landesrat Ing. Winkler das Wort.

Im Sinne der Geschäftsordnung, § 58, Absatz 5, beträgt die Redezeit für sämtliche Redner 20 Minuten.

Herr Landesrat Ing. Winkler hat das Wort.

Ing. Winkler: Verehrte Damen und Herren! Die offizielle Polizeikorrespondenz vom 15. Juni meldet (liest):

„Der deutsche Staatsangehörige Major a. D. Waldemar Pabst, welcher im Jahre 1920, nach dem sogenannten Kapp-Putsch, aus Deutschland nach Österreich flüchtete, wurde, da er sich in Österreich in einer für einen Ausländer unzulässigen Weise politisch betätigte, gestern zur Bundespolizeidirektion vorgeladen und nach Durchführung des erforderlichen Verfahrens für beständig aus Österreich abgeschafft.“

Es ist nicht unsere Sache, zu untersuchen, ob die Gründe, die die Bundesregierung beziehungsweise die Bundespolizeidirektion veranlaßt haben, diese scharfe Verfügung zu treffen, genügend sind. Wir sind in unserem Vertrauen zur Objektivität und Sachlichkeit der Bundesregierung von Österreich der Auffassung, daß jedenfalls diese Gründe so entscheidend waren, zu dieser Maßnahme zu schreiben. Es fällt uns daher auch heute nicht ein, in Auseinandersetzungen darüber einzutreten, ob diese Ausweisung vom Standpunkte der Staatsgewalt eine Notwendigkeit war oder nicht. Dagegen müssen wir wohl den Worten der Mitglieder der Bundesregierung Glauben schenken, die diese Ausweisung als eine Staatsnotwendigkeit bezeichnet haben. (G a ß: „Da gäbe es noch ganz andere Notwendigkeiten, Herr Winkler!“) Wir sind also der Auffassung, daß die Bundesregierung in dieser Frage lediglich dem Nationalrate verantwortlich ist und daß es nur Sache des Nationalrates wäre, an den Maßnahmen der Bundesregierung auch in dieser Angelegenheit Kritik zu üben. Ich möchte feststellen, daß unseres Wissens eine derartige Interpellation bei der Bundesregierung nicht eingebracht wurde und daß also die Bundesregierung gar nicht in die Lage versetzt wurde, in dieser Sache irgendeiner Kritik standzuhalten oder ihr Rechnung zu tragen.

In Verfolg der ganzen Angelegenheit hat nun am 21. Juni eine Intervention stattgefunden. Es heißt hier (liest):

„Im Laufe des Samstags, den 21. Juni, erschienen beim Bundeskanzler die Landeshauptleute Dr. Rintelen und Dr. Stumpf, um über die durch die Ausweisung des ersten Stabsleiters des Heimatschutzes, Major Pabst, geschaffene Lage mit dem Bundeskanzler zu sprechen. Über Intervention des Landeshauptmannes Rintelen wurden diesen Besprechungen als Delegierte der Heimwehren Bundesstabsleiter Rauter und der Landesführer Doktor Steidle zugezogen. Die Besprechungen werden zu Beginn der nächsten Woche fortgesetzt und zum Abschlusse gebracht werden.“

Tatsache ist, daß der Landeshauptmann von Tirol, und zwar über Beschluß der Tiroler Landesregierung, die sich in ihren Rechten einigermaßen verletzt fühlte,

bei der Bundesregierung und beim Bundeskanzler vorstellig geworden ist wegen Rücknahme dieser Verfügung, und Tatsache ist weiter, daß der Landeshauptmann von Steiermark, Herr Prof. Dr. Anton Rintelen, sich dieser Intervention angeschlossen hat. (Dr. Illig: „Ohne den Landesrat Winkler zu fragen!“ — Ing. Witzany: „Sie werden gefragt werden!“) Ich glaube nicht, daß diese Angelegenheit dazu angetan ist, sie mit einigen Witz oder einigen witzig sein sollenden Bemerkungen abzutun. (Gafz: „Haben Sie vor der Gleichenberger Bahn jemanden gefragt?“) Herr Abg. Gafz, ich glaube nicht, daß diese Angelegenheit hieher gehört. Sie hätten Gelegenheit genug gehabt, nachdem diese Angelegenheit hier sehr eingehend behandelt wurde, sich mit dieser Frage zu beschäftigen. Das haben Sie damals nicht getan. Ich spreche Ihnen daher jetzt das Recht ab, bei einer ganz anderen Materie, zu dieser Sache, bei der Sie damals geschwiegen haben, zu reden. (Riemer: „Sie haben damals auch geschwiegen, Herr Landesrat, Sie haben uns nicht unterrichtet über das, was Sie gemacht haben!“) Sie machen sich das sehr leicht, indem Sie bei einer Angelegenheit, die für den ganzen Bundesstaat von ernster Bedeutung ist, und die ich rein sachlich und, wie ich glaube, objektiv behandle, Zwischenrufe machen, die mit der Materie nichts zu tun haben. (Ing. Witzany: „Das gehört nicht hieher!“) — Gafz: „Der Schulschwänzer meldet sich!“ Es hat den Anschein in der Öffentlichkeit erweckt, daß die Intervention des Herrn Dr. Rintelen im Zusammenhange mit der des Landeshauptmannes von Tirol gleichfalls in derselben Funktion erfolgt ist, und zwar in der Funktion des Landeshauptmannes von Steiermark, über Beschluß der Landesregierung als Vorsitzender derselben und gar in Vertretung des Landes. Und dieser Eindruck in der Öffentlichkeit war für weite Kreise überraschend und peinlich, weil doch ein Teil des Landes der Auffassung ist, daß da Kreise, denen es durch die Verhältnisse verwehrt ist, einen Einblick zu gewinnen in die Interessen, die zur Ausweisung geführt haben, von amtlicher Stelle aus vom Standpunkte des Landes aus, bei der Bundesregierung interveniert haben. Wir haben diese Interpellation deswegen eingebracht, um Klarheit herbeizuführen in der Richtung, ob diese Intervention, die wir nicht gutheißen, die niemals auch für uns gemacht werden konnte, ob diese Intervention vom Herrn Landeshauptmann von Steiermark in seiner Eigenschaft als Vorsitzender der Landesregierung unternommen wurde oder ob Parteifunktionen die Grundlage für diese Intervention gebildet haben. Wir sind bedacht auf diese Klarstellung, wir glauben, es unseren Wählerkreisen schuldig zu sein, daß mit Rücksicht auf die Entwicklung der letzten Wochen und Monate jetzt diese Klarstellung geschaffen wird. Wir müßten uns entschieden dagegen verwahren, daß der Herr Landeshauptmann namens des Landes Interventionen unternimmt, die geeignet sind, dem Lande Steiermark in Österreich eine Ausnahmestellung zuzumuten in der Richtung, daß das Land Steiermark sich gegenüber der Auffassung der Bundesregierung und gegenüber der Entscheidung der Bundesregierung nicht unterzuordnen gewillt ist.

(Riemer: „Und daß er sich beim Landbund nicht früher angefragt hat!“) Herr Kollege Riemer, wenn Sie intervenieren, werde ich mich wahrscheinlich nicht mit einer Interpellation hier einstellen, davon können Sie überzeugt sein! (Döfling: „Das wollen wir uns verbeten haben, derartige Bemerkungen zu machen. So kann man gegen einen Bauernabgeordneten nicht vorgehen!“) Das hat mit dem Bauern und Abgeordneten nichts zu tun. Es ist gleichgültig, wenn ein Abgeordneter von Ihnen in der Richtung interveniert, ich spreche nicht davon (Gafz: „Die Bauern verhöhnen, das können Sie!“ — Ing. Witzany: „Das ist wohl Ihre Kunst!“), sondern ich meine, wir müssen uns dagegen verwahren, daß namens des Landes Interventionen erfolgen, mit denen sich sicherlich ein bedeutender Teil des steiermärkischen Landtages nicht einverstanden erklären wird. Dabei möchte ich insbesondere namens meiner Fraktion erklären, daß wir doch in den letzten Jahren gezeigt haben, daß wir geneigt sind, an der bürgerlichen Landtagsmehrheit festzuhalten. (Gafz: „Ihre Leute sind ja selbst dort oben gewesen beim Bundeskanzler und Ihre Leute haben Geld ausspumpen wollen für die Bauernwehr!“ — Ing. Witzany: „Und sie haben keines bekommen!“ — Gafz: „Da haben wir nicht gefragt, ob Sie interveniert haben. Aber jetzt, quod licet Jovi, non licet bovi!“) Herr Abg. Gafz, ich weiß nicht, von wo Sie heute gekommen sind, daß Sie sich solcher Formen bedienen! (Gafz: „Sie sind schon gröber gekommen hier in diesem Saale, Sie und der ‚Wruken‘-Ingenieur!“) Wenn Sie gegen Kollegen Witzany in einer derartig gehässigen Weise vorgehen und ihn fortwährend persönlich beleidigen, werden wir auch darüber reden, wenn Sie schon vom Schulschwänzen sprechen, wieviel Stunden Sie im Amte und wieviel Sie im Kaffeehaus sitzen! Ich möchte schon gebeten haben, derartige Insinuationen als deplaciert besser zu unterlassen! Wir haben nichts zu scheuen. Es wird Sache des Referenten sein, hier, wenn Unkorrektheiten gegeben sind, einzugreifen und wir werden daselbe auch für Sie, Herr Abg. Gafz, verlangen! Ich glaube nicht, daß der Sache, einer sachlichen Auseinandersetzung, gedient ist, wenn mit derartigen persönlichen Gehässigkeiten und Beschuldigungen hier vorgegangen wird. (Riemer: „Wer hat angefangen?“ — Gafz: Sie haben angefangen, in einer rein bäuerlichen Sache!“) Es ist nicht notwendig, daß die Dinge so behandelt werden wie sie jetzt augenblicklich behandelt werden. (Gafz: „Weil unser Landeshauptmann sich für ein Recht einsetzt, kommt einer sich zu beschweren!“) Wir reden ja davon, Herr Abg. Gafz, ob der Herr Landeshauptmann das Recht gehabt hat, im Namen des Landes zu intervenieren, ob er das Recht gehabt hat, im Namen der Landesregierung zu intervenieren, weil meines Wissens die Landesregierung mit dieser Angelegenheit nicht befaßt wurde. (Gafz: „Da haben nicht Sie zu fragen, sondern andere. Sie sind nicht die Landesregierung!“) Da ist die Landesregierung zu fragen; dort sitzen neun Mitglieder, diese sind mit der Angelegenheit nicht befaßt worden und ich glaube, es ist das gute Recht jedes Landtagsabgeordneten, hier

anzufragen. (Riemer: „Die Landesregierung ist auch nicht gefragt worden, als bei der Gleichenberger Bahn das Geld verarbeitet worden ist!“ — Ingenieur Witzan: „Zenobius! Zenobius!“) Herr Abg. Riemer, wir werden gewiß noch Gelegenheit haben, Sie können versichert sein, gern in diese Auseinandersetzung einzutreten, nicht nur mit Ihnen, sondern mit allen jenen, die glauben, aus dem Hinterhalte Angriffe erheben zu können. Wir scheuen diese Auseinandersetzung nicht, wir haben es bei den letzten Kammerwahlen bewiesen. (Riemer: „Die Tatsachen werden es beweisen!“) Es ist nur ein Glück, daß die Bevölkerung in solchen Fragen weitaus vernünftiger denkt, als es scheinbar bei Ihnen, Herr Abg. Riemer, der Fall ist. (Riemer: „Sie sind natürlich sehr vernünftig!“) Ich möchte also feststellen, daß die Landesregierung mit der Angelegenheit nicht beschäftigt wurde und es ist ebenso feststehend, daß die Bundesregierung diese Maßnahme der Bundespolizei gedeckt hat, Tatsache ist, daß es auch nicht das Werk des Herrn Bundesministers Schumy allein war, sondern daß die ganze Bundesregierung diesen Ausweisungsbefehl gedeckt hat. (Rufe: „So ist es!“)

Ich erlaube mir daher, an den Herrn Landeshauptmann die Anfrage zu richten, er möge Aufschluß darüber geben, ob sein Eingreifen in der Eigenschaft als Landeshauptmann oder in einer anderen Funktion erfolgt ist.

Ebenso hat ein zweiter, wenn auch weitaus kleinerer Funktionär in Steiermark, der Bürgermeister von Hohenbrugg, der Herr Dr. Andreas Morsey, in die Pabst-Affäre eingegriffen. Er hat an Landeshauptmann-Stellvertreter Dr. Tragseil in Innsbruck folgendes Telegramm gerichtet (liest):

„Landeshauptmann-Stellvertreter Dr. Tragseil, Innsbruck. Sie zu mannhaftem Proteste beglückwünschend, dem mich energisch anschließe, erkläre mich bereit, Major Pabst Heimatrecht zu verleihen. Spreche als Obmann Bürgermeisterversammlung von 32 Gemeinden, Vertrauensmann antimarxistischer Bürgermeisterversammlung Steiermarks und im eigenen Namen als freigewählter Bürgermeister, der sich niemals Polizeiknütteln beugt. Morsey, Bürgermeister.“

Es wäre interessant, zu untersuchen, ob gerade Dr. Morsey befugt ist, über Polizeiknüppel zu klagen; denn die Geschichte des Hauses Morsey hat im Verlauf vergangener Jahrzehnte bewiesen, daß von diesem Hause jede Regierung und vor allem jede absolutistische Regierung gestützt wurde, wo der Polizeiknüppel Tradition war. Es steht also dem letzten Sprossen dieses Hauses schlecht an, die jetzige Regierung als eine Regierung der Polizeiknäppel zu bezeichnen. Aber es ist wichtiger, festzustellen, daß der Bürgermeister von Hohenbrugg gar nicht berechtigt war, ein solches Telegramm abzuschicken. (Gaf: „Er hat schon wieder nicht gefragt!“) Er hat jene nicht gefragt, die dafür zuständig gewesen wären! Ich glaube, zur Verleihung des Heimatrechtes ist zumindest der Gemeinderat zuständig und ich möchte feststellen, daß weder eine Gemeinderatsitzung in Hohenbrugg stattgefunden hat, noch daß irgend ein Einver-

nehmen mit dem Gemeinderat von Hohenbrugg hergestellt worden ist. (Riemer: „Schrecklich!“) Wenn sie in dieser Sache eine andere Auffassung haben, kann ich Sie nicht hindern, aber wir sind der Meinung, daß so wichtige Erklärungen naturgemäß doch eine gewisse Legitimation zur Grundlage haben müssen. Aber er hat weiter auch nicht das Recht gehabt, im Namen der Bürgermeisterversammlung ein derartiges Telegramm zu schicken. Wir haben nämlich eine Reihe von Bürgermeistern des Bezirkes Fehring gefragt, die von einer solchen Entschliebung keine Kenntnis haben. Ich glaube, daß sich hier der Herr Bürgermeister etwas weit vorgewagt hat! Diese Nachricht ist von der faschistischen Presse in Österreich geradezu mit Hurrah-Geschrei begleitet worden, weil sie glauben machte, daß wirklich 32 Bürgermeister im Bezirke Fehring mit Begeisterung Major Pabst das Heimatrecht und womöglich das Ehrenbürgerrecht verleihen wollten. Sieh da, die Leute sind nicht einmal gefragt worden! Aber Dr. Morsey hat es mit seiner Auffassung vereinbar gefunden, ein derartiges Telegramm nach Innsbruck zu senden. Ich betrachte das auch vom Standpunkt der Verfälschung der öffentlichen Meinung und es kann uns nicht gleichgültig sein, daß diese derart plump getäuscht wird. Für uns steht fest, daß der Bürgermeister von Hohenbrugg eine Verletzung der Gemeindeordnung begangen hat und ich möchte den Herrn Landeshauptmann fragen, ob er bereit ist, gegen das ungesegliche Vorgehen des Bürgermeisters von Hohenbrugg einzuschreiten? (Beifall beim Landbund.)

Dr. Rinfelen: Hohes Haus! Der Herr Vorredner geht bei der Besprechung meiner Intervention in der Angelegenheit Pabst davon aus, als ob ich mich bei dieser Intervention auf einen Auftrag des Landtages oder der Landesregierung gestützt hätte. Da dies nicht der Fall ist, so bin ich für diese Intervention dem Landtag nicht verantwortlich, sondern lediglich meinen Wählern, die mich in den Nationalrat entsendet haben. Ich weiß, daß ich im Sinne der Intentionen meiner Wähler, aber nicht nur meiner Wähler, sondern auch weiterer Kreise und nach meiner Überzeugung gehandelt habe und das ist für mich das Entscheidende. Der Herr Interpellant hat die Frage aufgeworfen, warum ich nicht im Nationalrat in dieser Angelegenheit eine Anfrage gerichtet habe. Dazu habe ich folgendes zu bemerken:

Man hätte sich in einem solchen Falle vielleicht, wenn man auf dem Standpunkt steht, ut aliquid fecisse, videatur, mit einer Interpellation im Nationalrat begnügen können, aber ich habe einen wirksameren Weg beschreiten wollen, um so mehr, als es mir ja auch darum zu tun war, die Gründe für den Vorgang festzustellen und auch einen Ausweg aus der Situation zu finden. Ich glaube, daß die Art der Intervention mir selbst überlassen bleiben muß.

Was das Vorgehen des Bürgermeisters von Hohenbrugg anbelangt, so ist mir daselbe als amtlicher oder offizieller Schritt nicht bekannt geworden. Es hatte sich daher auch die Landesregierung nicht damit zu befassen. Sollte die Landesregierung mit einer solchen,

mit dieser Frage zusammenhängenden Angelegenheit befaßt werden, so ist es selbstverständlich, daß sie dabei nach dem Geseße vorgehen wird.

Zusammenfassend muß ich daher, was die Interpellation zur Sache P a b s t anbelangt, betonen, daß ich auch heute noch Form, Inhalt und Legitimation meiner Intervention für richtig halte und daher davon nichts zurücknehmen kann. (Beifall.)

Leichin: Ich beantrage die Eröffnung der Wechselrede.

(Nach Stellung der Unterstützungsfrage durch den Präsidenten wird der Antrag angenommen.)

Präsident: Zum Worte hat sich gemeldet der Herr Abg. Leichin, ich erteile ihm dasselbe.

Leichin: Hohes Haus! Nach seinen Ausführungen glaubt der Herr Landeshauptmann das Recht zu haben (Dr. Enge: „Jetzt kommen die Sekundanten!“), nicht dem Landtage, sondern seinen Wählern in dieser Sache verantwortlich zu sein. Es scheint, daß auch der Herr Landeshauptmann über die Person des Majors P a b s t zu wenig informiert ist. Ich glaube, wenn er genügend informiert gewesen wäre, hätte er heute nicht in dieser Form gesprochen.

Wenn wir hier zu dieser Interpellation Stellung nehmen, so geschieht das nicht etwa deshalb, weil wir das politische Asylrecht schmälern wollen. Im Gegenteil, wir werden immer mit aller Energie für das politische Asylrecht eintreten und werden jeden politischen Flüchtling, wenn er ein solcher ist, hier im Lande zu schützen wissen. Ich wollte das nur deshalb feststellen, damit uns nicht etwa der unberechtigte Vorwurf gemacht werde, daß wir hier einen politischen Flüchtling nicht in Schutz nehmen. Ich will hier weiter feststellen, daß Major P a b s t nicht auf eine Stufe mit einem politischen Flüchtling zu stellen ist, sondern nach seinen bisherigen Taten in Deutschland nur als ein gemeiner Verbrecher behandelt werden kann. (Riemer: „Was ist mit Wallisch? — Dr. Serneß: „Was ist mit Bela Kun?“) Der Bela Kun hat hier im Lande nichts verbrochen, was er tat, tat er als Mitglied einer Regierung. Er ist zu uns als politischer Flüchtling gekommen. (Gafz: „Er ist da hausieren und aufwiegeln gekommen!“)

Wenn ich diese Erklärung hier abgegeben habe, Pabst als einen gemeinen Verbrecher bezeichnete, so haben wir dazu berechnete Gründe. Wir wissen, daß der Herr Major P a b s t aus Deutschland wegen des Kapp-Putsches, der im Frühjahr 1920 stattgefunden hat und dessen geistiger Leiter und Inspirator er war, geflüchtet ist. Er ist später unter falschem Namen nach Tirol gekommen, wo er den Schuß des Landeshauptmannes von Tirol gefunden hat, der Pabst in jeder Beziehung protegierete. Major P a b s t hat sich bei uns in Österreich in innerpolitische Angelegenheiten in einer Weise eingemischt, wie er sich bisher kein Staatsangehöriger erlauben durfte und wie es auch keinem Staatsangehörigen je gewährt worden wäre, in einer Weise, die wir nicht nur frech und überheblich nennen müssen, sondern die geradezu gefährlich für die ruhige Entwicklung und den Bestand unseres

Staates gewesen ist. Würden sich kommunistische österreichische Staatsangehörige nur einen Teil dessen erlaubt haben, was sich Pabst erlaubte, würde die bürgerliche Bevölkerung überströmen vor Erregung, würden sie sofort hinter Schloß und Riegel gefest worden sein. Major P a b s t war im Jahre 1919 der Kommandant des Edenhotels, in welchem die Gardekavallerieschützendivision einquartiert war. Am 15. Jänner 1919 wurden Karl Liebknecht und Rosa Luxemburg verhaftet und in das Edenhotel eingeliefert. Am nächsten Tag, am 16. Jänner, wurde Karl Liebknecht, der angeblich in das Moabiter Gefangenhäus überführt werden sollte, zum Auto gebracht und, als er aus dem Edenhotel trat, schlug ihm auf Grund einer Instruktion der Jäger Runge mit dem Gewehrkolben zweimal über den Kopf, so daß Liebknecht bewußtlos zusammenbrach. Liebknecht wurde hierauf von den anwesenden Offizieren in das Auto gehoben, mit dem er angeblich nach Moabit gebracht werden sollte. In Wirklichkeit aber fuhr man mit ihm am Neuen See entlang nach der Charlottenburger Allee. An einer völlig unbeleuchteten Stelle erlitt das Auto angeblich eine Panne, weshalb man Liebknecht aussteigen ließ, wo er nach wenigen Schritten von rückwärts — angeblich wegen Fluchtversuch — niedergeschossen wurde. Den ersten Schuß hat Kapitän v. Pflugk-Hartung abgegeben. Nach der Tat war das Auto sofort wieder gebrauchsfähig. Liebknecht wurde in das Auto gehoben und ins Edenhotel zurückgeführt, wo man ihn als „unbekannt“ bei der Rettungswache abgeliefert hat. Nach diesem Vorfall wurde dasselbe Verbrechen an Rosa Luxemburg begangen. Man brachte sie ebenfalls aus dem Hotel in ein Auto unter Beisein derselben Offiziere, um sie nach Moabit zu überführen. Der Jäger Runge schlug auch sie mit dem Gewehrkolben nieder, als sie die Straße betrat. Man brachte sie angeblich ebenfalls nach Moabit, in Wirklichkeit fuhr man nach dem Landwehrkanal, wo unter dem Kommando des Hauptmannes Welln eine Gruppe Soldaten wartete. Auf der Fahrt wurde ihr vom Oberleutnant Vogel eine Kugel durch den Kopf geschossen. Als das Auto hielt, wurde die Leiche auf Befehl des Oberleutnants Vogel in den Kanal geworfen. Nach der Rückkehr erzählte man sich im Edenhotel: „Die ist nun weg, sie schwimmt schon!“ Runge hat bei der Gerichtsverhandlung am 9. Jänner 1920 gestanden, daß er von Offizieren des Edenhotels beauftragt wurde, diese beiden zu erschlagen und man hat ihm gedroht, wenn er darüber aussage, werde er in seinem Bette gelegentlich eine Handgranate finden. Kommandant des Edenhotels war Major P a b s t. Er war nicht nur der geistige Urheber dieser beiden Morde, sondern war auch über alle Vorgänge genauest unterrichtet. Major P a b s t war auch derjenige, der den Mördern, als sie nach Holland flüchteten, um dem Gefängnis zu entgehen, falsche Pässe verschafft hat. Major P a b s t ist daher nicht als politischer Flüchtling zu uns gekommen, ist auch nicht als politischer Flüchtling zu betrachten, sondern als ein Mann, der einen ganz gemeinen Mord am Gewissen hat.

Meine Damen und Herren! Sie dürfen nicht glauben, daß es Morde gewesen sind, die nur gegen Männer und Frauen der linksgerichteten Parteien in gemeiner Weise organisiert wurden; sie dürfen nicht der Meinung sein, daß sich Major Pabst nur gegen jene Staatsbürger wendete, die sich vom Anfang gegen den Krieg wendeten, in ihm ein Verbrechen am Volke und ein Unglück für seine ganze Kultur erkannten. Major Pabst war auch der geistige Urheber und Organisator der „Organisation Consul“. In der Organisation Consul wurde der Fememord als jenes Mittel gepriesen, das zum Ziel führen, das deutsche Vaterland angeblich von allen Verrätern und Schwachen befreien soll. Mitglieder dieser Organisation sind es gewesen, die auf einen Parteigenossen des Herrn Landeshauptmannes Doktor Rintelen, auf einen Mann, der es wirklich ehrlich mit seinem Volke gemeint hat, der wirklich, nämlich für die Interessen des deutschen Volkes auch in der Zeit während des Krieges eingetreten ist, einen Mordanschlag verübten. Es war dies das Reichstagsmitglied Erzberger. Erzberger ist bereits im Jahre 1917 gegen den sogenannten Gewaltfrieden, den Annektionsfrieden Sturm gelaufen, weil er darin ein Unglück für das Deutsche Reich erblickte. Diese seine Stellungnahme gegen den militärischen Wahnsinn machte ihn verhaßt bei einer Reihe von Kriegsbeherrschern nationaler Kreise. Erzberger hatte am 26. Jänner 1920 einen Prozeß mit Helfferich. Als er in Moabit das Gerichtsgebäude verließ, wurde er von Mitgliedern der Organisation Consul — und hier muß noch einmal festgestellt werden, daß der geistige Leiter und Organisator dieser Organisation der Major Pabst war — ein Mordanschlag auf Erzberger verübt. Von zwei Kugeln getroffen, hat Erzberger lange Zeit krank gelegen. Als er dann am 26. August 1921 im Schwarzwald als kranker Mann einen Spaziergang machte, waren es wieder zwei Männer der Organisation Consul, Heinrich Schulze und Heinrich Tileßen, die diesen Mann, den Parteigenossen des Herrn Landeshauptmannes Rintelen, niedergeschossen haben. Als er von zwei Kugeln getroffen am Boden lag, wurden noch 12 Schüsse auf ihn abgegeben, damit ja der Parteigenosse des Herrn Landeshauptmannes Rintelen, sicher tot ist. Nicht nur gegen Erzberger, dem nicht nachgesagt werden kann, daß er links orientiert war, der ein Mitglied der Zentrumspartei war, haben sich die vom Major Pabst organisierten Mordbuben gewendet, sondern auch gegen jene Männer im Deutschen Reich, die versucht haben, die Friedensbedingungen auf einer gesunden Grundlage aufzubauen. Ihr Haß richtete sich vor allem gegen den Minister Rathenau, der nicht nur die Politik Stresemanns einleitete, sondern die eigentlichen Voraussetzungen für diese Politik erst geschaffen hat. Rathenau, der eine geistige Kapazität war, auf den die deutsche Wissenschaft stolz ist, war in den nationalen Kreisen verhaßt. Mitglieder der Organisation Consul haben Rathenau am 24. Juni 1922 niedergeschossen. Das ist die politische Tätigkeit des Majors Pabst. Er war der Organisator des Putsches und Fememordes in Deutschland und

als er flüchten mußte, als ihm der Boden in München zu heiß wurde, kam er unter dem Schutze des Landeshauptmannes von Tirol nach Österreich, nicht um Ruhe zu halten, sondern um in Österreich dieselbe Taktik des Fememordes und Putsches zu organisieren, dieselben Methoden des niederträchtigen Meuchelmordes zu propagieren, wie er dies in Deutschland tat.

Meine Damen und Herren! Die Regierung in Österreich hatte gegen Major Pabst gar nichts unternommen, obwohl sie Kenntnis von seinem gemeinen Verbrechen haben mußte. Pabst war geradezu das liebe Kind des Prälaten Seipel, obwohl alle Mitglieder der Regierung, Ihre Parteigenossen, wußten, daß Pabst der Organisator des Bürgerkrieges in Österreich war. Allen Regierungsmitgliedern war es bekannt, daß Major Pabst es gewesen ist, der in Österreich den Raub der Waffen aus den militärischen Arsenalen organisierte. Sie alle wußten, daß Major Pabst, gestützt auf seine Waffen und auf die reichliche finanzielle Unterstützung sehr einflußreicher industrieller und adeliger Kreise und selbst der Regierung unter Seipel, einen Terror auf die Regierung ausübte, wie es kein Österreicher wagen dürfte, ohne nicht sofort verhaftet zu werden. Ich frage den Herrn Landeshauptmann Rintelen, ob er es als Landeshauptmann geduldet hätte, wenn einer von uns das getan hätte, was der Major Pabst tat, wenn sich ein Mitglied der kommunistischen Partei das erlaubt hätte, was sich Major Pabst erfrechte. Der Herr Landeshauptmann Dr. Rintelen hätte sicher jeden sofort verhaften lassen, wenn er mit solchen Terrorakten, Drohungen und Annahmungen ihm gegenübergetreten wäre, wie Pabst der österreichischen Regierung gegenübergetreten ist. Lange genug hat die österreichische Regierung Geduld geübt und wir wissen, daß diese Heße zu einer ungeheuren wirtschaftlichen Katastrophe in Österreich geführt hat. Wenn wir heute eine solche Summe von Arbeitslosen haben, seit Oktober v. J. die Arbeitslosenzahl so lawinenartig angewachsen ist, so ist dies ausschließlich auf die Putschabsichten und die beständigen Putschdrohungen des Majors Pabst zurückzuführen. Alle diese Putschdrohungen in den Heimwehrzeitzungen, „in der zwölften Stunde“, „10 Minuten vor 12“ (Satz: „Am Ende hat er den Justizpalast auch angezündet der Herr Pabst!“ — Heiterkeit.), waren das geistige Produkt des Majors Pabst. Österreichs Regierung ist nicht eingeschritten gegen diesen Mann, der in Österreich beständig den Bürgerkrieg predigte und organisierte. Wenn bei uns der Bürgerkrieg ausgebrochen wäre, so hätte Österreich jedenfalls zu existieren aufgehört. Es mußte auch jedem bewußt sein, daß dadurch Österreichs Bevölkerung in ungeheures Elend und wirtschaftliche Not herabgedrückt worden wäre. Endlich hat sich Ihre Regierung, die Regierung, die Sie gewählt haben, die aus Ihren Kreisen hervorgegangen ist, die Regierung, die Sie täglich gepriesen haben und von der Sie wiederholt erklärten, daß Sie wie ein Mann hinter ihr stehen, hat die Regierung Schober den Mut gefunden, diesem verbrecherischen Treiben des Majors Pabst Einhalt zu gebieten; endlich haben Männer Ihrer Partei, Männer, die

Sie gewählt haben, den Mut gefunden, zu sagen: Es geht nicht mehr so weiter.

Pabst hat nicht Halt gemacht bei den Diebstählen der Waffen, hat nicht mit den Drohungen an die Regierung gegeizt, hat ein Ultimatum nach dem andern gestellt, um sein Ziel zu erreichen, die demokratische Republik zu stürzen und eine Diktatur der kapitalistischen und adeligen Schichten aufzurichten. Es ist natürlich keinem Politiker unbekannt, daß auch die Monarchisten mit ihren Plänen hinter Pabst standen. Um dieses Ziel zu erreichen, versuchte er auch in die Gendarmerie und Wehrmacht einzudringen, für seine Idee dort Anhänger zu gewinnen. Erst nachdem dieses Verbrechen Ihrer Regierung und den von Ihnen berufenen Parteiführern bekannt wurde, wurde — und ich muß das hier feststellen — einheitlich und einstimmig von den Führern aller bürgerlichen Parteien der Beschluß gefaßt, Major Pabst auszuweisen. Wenn das Ihre Regierung, Ihre Parteiführer beschlossen haben, muß Major Pabst es sehr arg getrieben haben. Er muß Mittel angewendet oder Mittel anzuwenden versucht haben, die wirklich für dieses Österreich und für seine Bevölkerung von großer Gefahr gewesen sind, muß gemeine Verbrechen beabsichtigt haben, denn sonst hätten Ihre Parteigenossen, Ihre Parteiführer, für die Ausweisung Pabst's nicht gestimmt. Es ist charakteristisch, daß eigentlich bei einem Interview in Venedig Pabst erklärte oder erklären konnte, daß alle seine Handlungen und alle die Dinge, die er unternommen und in Aussicht gestellt hat, nur geschehen sind auf Beschluß des Vorstandes der Heimwehrorganisationen.

Nun war der Herr Landeshauptmann, der eigentlich der berufenste Mann unseres Bundeslandes wäre, die Bundesregierung zum Ansehen zu bringen, der der berufenste dazu wäre, die Gesetze und Maßnahmen der Bundesregierung in erster Linie zu achten und dafür zu sorgen, daß sie nicht mißachtet werden, der vor allem dafür zu sorgen hätte, daß die Gesetze und die Regierung nicht verhöhnt wird, der erste, der sich gegen die Bundesregierung gewendet hat. Als Landeshauptmann hat er interveniert und von der Bundesregierung Aufklärung darüber verlangt, warum Pabst ausgewiesen wurde, obwohl er als sehr gut eingeweihtes Mitglied der christlichsozialen Partei genau wissen mußte, wie der Beschluß zustande kam, was Pabst für Verbrechen in Österreich begangen hat, wenn er schon nicht wußte, was für ein Verbrecher Pabst schon war, ehe er nach Österreich gekommen ist. Es ist übrigens sehr bezeichnend, daß wir in Steiermark einen Landeshauptmann haben, der schon seit dem Jahre 1919 immer mit jenen Männern Arm in Arm zu sehen ist, die Putschabsichten haben (Riemer: „Was ist mit Wallisch?), immer mit jenen Männern Arm in Arm zu finden ist,

Präsident (das Gockenzeichen gebend): Ihre Redezeit ist erschöpft, ich bitte zu schließen.

Leichin (fortfahrend): immer mit jenen Männern Arm in Arm zu treffen ist, die die Absicht haben, nach rechts einen Umsturz herbeizuführen. Wir wissen, daß er dabei mit den Mitteln nicht allzu wählerisch

ist. Wiederholt haben wir hier im Landtage darüber gesprochen. Jeder weiß, daß solche Dinge, wie sie sich der Major Pabst bei uns erlaubte, nicht in der ganzen Welt, sondern vielleicht nur in China oder in Bolivien möglich sind. (Riemer: „Zu Bruck a. d. Mur!“) Aus diesem Grunde ist es wohl auch verständlich, daß sich ein Landbürgermeister, ein Herr Morzen erlaubt, ich möchte sagen, erschreckt, die Bundesregierung unter dem Schutze des Herrn Landeshauptmannes zu verhöhnen, indem er dem Pabst das Heimatrecht in seiner Gemeinde anbietet, ohne darüber erst die Gemeinderäte zu befragen. Die Tatsache, daß sich ein Landeshauptmann findet, der in einer demokratischen Republik, obwohl er ihr den Eid geleistet hat, einen gemeinen Verbrecher und gefährlichen Putschisten, unterstützt, sich seiner annimmt und fördert, ist für uns Österreicher und besonders für uns als Steirer eine Schande. (Beifall bei den Sozialdemokraten.)

Dr. Hübler: Hohes Haus! Die Antwort des Herrn Landeshauptmannes Dr. Rinkelen hat die Anfrage eigentlich jener Sensation entkleidet, die man von ihr erwarten konnte. Sie hat auch jedenfalls die bürgerlichen Parteien durch die kühle und sachliche Zurückweisung vielleicht gewarnt, hier vor dem Parkett der Sozialdemokraten eine Szene aus der bürgerlichen Häuslichkeit vorzutragen. Infolgedessen glaube ich, daß wir mit einer gewissen sachlichen Nüchternheit auf das eingehen können, auf das man überhaupt eingehen kann, nachdem der Herr Landeshauptmann erklärt hat, daß er in seiner Eigenschaft als Nationalrat diese Intervention durchgeführt hat.

Ad 1. Mit der juristischen Seite der Angelegenheit Pabst sich zu beschäftigen, ist augenblicklich überhaupt nicht angängig, denn sowohl die Heimatschutzleute als auch die Bundesregierung haben den Wunsch bekanntgegeben, die Sache gerichtsaktenmäßig festlegen zu lassen. Das gerichtliche Verfahren ist in Einleitung begriffen und es ist nicht Sache eines unabhängigen Parlamentarismus, dem Laufe einer gerichtsähnlichen Erhebung vorzugreifen. (Rufe: „Sehr richtig!“ — Rosenwirth: „Woher der Takt auf einmal?“) Ich kann aber ebenso wenig die Schauer-geschichten des Herrn Abg. Leichin, der sämtliche politischen Morde in Deutschland auf das Konto Pabst's geschoben hat, als Grundlage einer sachlichen Erörterung nehmen. Ich meine, da werden die Gerichtsakten authentische und ernstere Grundlagen dafür geben.

Es bliebe ein zweites übrig, sich mit der interpellierenden Partei über die Stellungnahme zum Heimatschutz in jenen Punkten auseinanderzusetzen, in denen wir nicht der gleichen Meinung sind. Ich muß mir das hier versagen mit Rücksicht auf die vergnügten Zuhörer, die dort sitzen, aber jedenfalls meine ich, sind das Dinge, die Ihnen so bekannt sind, daß wir sie hier nicht wiederholen müssen.

Nun zu dem, was von der Interpellation als diskutables Substrat übrig bleibt, das ist, daß wir nicht unterstreichen können, was Landesrat Winkler gesagt hat, daß seine Partei diese Intervention mißbilligt. Über die juristische Seite der ganzen Angelegen-

heit werden die Verhandlungen im Gerichtssaal Aufschluß geben; aber etwas anderes möchte ich sehr betonen. Wir sehen in der Intervention einen Vermittlungsakt des Herrn Landeshauptmannes Doktor Rintelen zwischen Heimatschutz und der Bundesregierung Schöber. (Mikola: „Sehr richtig!“) Das ist uns außerordentlich sympathisch. Gerade, weil wir hinter dem Heimatschutz stehen, sind wir der Überzeugung und Auffassung, daß nur in der einmütigen Zusammenarbeit des Heimatschutzes mit der Regierung Schöber, die ja am 15. Juli 1927 wirklich erfolgreich durchgeführt wurde (Bravo-Rufe bei den Christlichsozialen), auch eine Garantie für die weitere Ordnung unserer Verhältnisse in Österreich liegt. (Ing. Winkler: „Aber Schöber wird jeden Tag beschimpft!“) Ich rede ja von der Vermittlungsaktion.

Eine zweite Sache ist folgendes, was wir auch ganz kurz bemerken möchten: Ich sehe vom juristischen Material ab, mir stehen die Akten nicht zur Verfügung, aber sicherlich ist es in der optischen Wirkung außerordentlich unangenehm gewesen, daß die Bestimmungen des Ausländergesetzes hier einen Reichsdeutschen getroffen haben. Wenn nun Herr Landeshauptmann Dr. Rintelen hier eine Verbeugung vor dem Anschlußgedanken machte (Ing. Wihany: „O weh!“ — Pfortner: „Reichsdeutsche Ausbrecher in Schutz nehmen!“), so werden wir das mit Vergnügen feststellen und betonen, daß auch wir der Auffassung sind, daß gerade (Jira: „Warum hat Minister Schürff der Auslieferung des Majors Pabst zugestimmt?“) Verehrter Herr Abgeordneter, diese Sache (Pfortner: „Ist Ihnen sehr unangenehm!“) Diese Frage zu stellen, sind Sie am allerwenigsten berufen. Das ist eine Sache der Auseinandersetzung zwischen uns und außerdem ist Schürff zu jener Zeit nicht mehr Minister gewesen. (Pfortner: „Der Abgeordnete Ihrer Partei!“ — Regner: „Der Minister Slama hat auch nichts dagegen getan!“) Sie scheinen die Zeitungen in der letzten Zeit sehr flüchtig gelesen zu haben. Ich möchte also folgendes sagen: Es ist vielleicht in der ganzen Anfragestellung das Eine bemerkenswert, daß die sozialdemokratische Fraktion sich bemüht, aus dieser Interpellation ein gewisses Kapital zu schlagen. Ich bin überzeugt, daß morgen die Spalten des „Arbeiterwille“ geradezu, möchte ich sagen, glühen werden von der heutigen Debatte im Landtage. Ich weiß nicht, ob es klug und günstig war, daß von bürgerlicher Seite diese Interpellation gekommen ist (Rosenwirth: „Sie glühen heute schon!“), wenn ich auch ohne weiteres zugebe, daß sie sachlich und ruhig vorgebracht war; aber schließlich wird morgen ein großes Rätselraten losgehen, warum diese Äugel nicht aus der roten, sondern aus der grünen Kanone gekommen ist. („Sehr richtig!“ bei den Christlichsozialen.) Gerade deshalb — und das möchte ich betonen — enthalte ich mich eines Eingehens auf jenen politischen Teil der Interpellation, der durch Zwischenrufe ausgelöst wurde. (Regner: „Siehe Gah!“) Ich möchte noch das Eine betonen: Die Auffassung meiner Partei, die ich hier wiedergebe . . . (Leichin: „Hat die eine Auffassung?“) Die eine Auffassung, daß Sie kein so be-

deutender Politiker sind, daß ich mich mit Ihnen weiter auseinanderzusetzen hätte. (Zwischenruf Regner.) Lieber Herr Regner, wenn Sie immer nur nach dem Scheffel messen, ist das Ihr persönlicher Geschmack, jedenfalls jammern Sie aber sehr, wenn bei Betriebsratswahlen der Heimatschutz Erfolg hat und Sie kleiner geworden sind. (Regner: „Mich haben Sie noch nicht jammern gehört!“) Ich möchte also abschließend sagen, daß wir in dieser Vermittlungsaktion zwischen Schöber und Heimatschutz jene Richtlinien sehen, auf der die bürgerlichen Politiker marschieren müssen, wenn sie nicht das eine erleben wollen, daß die beobachtende Freude der Herren zur Linken vielleicht wieder einmal in einen Offensivbefehl übergehen soll. Sie haben nicht immer mit solchen Sordinen gesprochen wie jetzt. Wir haben Landtags-sitzungen gehabt, wo gedroht wurde: „Wir holen die Weitzer Waggonfabrik und werden Ordnung machen.“ Das ist richtig. (Widerspruch der Sozialdemokraten. — Machold: „Sie sind ein Lügner, wenn Sie das behaupten! Sie frecher Mensch, Sie!“) Ich meine, es ist sehr einfach . . . (Leichin: „Das ist eine Lüge!“ — Rosenwirth: „Pfui Teufel, ein feiger Mensch sind Sie!“ — Muchitsch: „Diese Verläumdung ist ein Ausdruck Ihrer Verlegenheit. Das ist sehr einfach, so etwas jetzt zu behaupten!“ — Rufe: „Gemeiner Karl, Fascist!“ — Lärm. — Der Präsident gibt ununterbrochen das Glockenzeichen.) Ich bitte, meine Herren, regen wir uns nicht auf, blättern wir die Landtagsprotokolle nach und schauen wir, mit welchem Ton hier gearbeitet worden ist und mit welchen Drohungen. Es ist gar keine Ursache, zu behaupten, daß die Demokratie immer hier zu Hause gewesen ist. (Hornik: „Ausgerechnet von den Sozialdemokraten nicht!“) Infolgedessen glaube ich, — und das beweisen ja jetzt wieder diese Zwischenrufe — daß wir gar nicht sicher sind, daß der Weg dieser demokratischen Auseinandersetzungen nicht wieder von Seite der Linken beschriftet wird. (Wolf: „Weil Sie nicht ungehemmt die Unwahrheit sagen können!“) Es ist hier seinerzeit, als die Galerie sich einmal etwas bemerkbar gemacht hat, von einem Herrn (Rufe: „Ohrfeige!“) — davon rede ich gar nicht — gesagt worden: „Herr Präsident, machen Sie Ordnung, sonst werden wir Ordnung machen!“ Und dann ist die Nachricht gekommen von Ihnen selbst, daß die Weitzer Waggonfabrik sehr aufgeregt ist und die Arbeiter im Begriffe sind hereinzumarschieren. (Rufe: „Ah so!“ — Rosenwirth: „Das ist etwas anderes! Jetzt schiebt er zurück, der Ehrenmann!“) Graben Sie nur diese Erinnerungen aus! Ich meine, es ist jedenfalls sehr nützlich und heute gut angebracht, wenn man auf diese Gefahr hinweist. Wir bedauern es, daß diese Interpellation von bürgerlicher Seite eingebracht worden ist (Lebhafter Beifall bei den Großdeutschen und Christlichsozialen.) und ich sage ruhig, daß wir viel darum gegeben hätten, wenn wir die Einbringung der Interpellation hätten verhindern können, weil . . . (Ingenieur Wihany: „Versucht haben Sie es!“) Gewiß haben wir das versucht. Wir wollten das verhindern, weil wir das für einen Schaden der bürgerlichen Sache im allgemeinen halten. Ich bitte, wenn meine Worte

auch von bürgerlicher Seite mißverstanden werden sollten (Leichin: „Wer kann Sie mißverstehen?“) — Sie, Herr Kollege, werden mich nie verstehen — so möchte ich noch einmal betonen, daß ich es als Aufgabe der bürgerlichen Politik für notwendig erachte, gewisse Risse oder Meinungsverschiedenheiten nicht größer zu machen, nicht aufzuzeigen, sondern durch die gemeinsame Grundidee zu überbrücken, und daß ich jede Aktion für sehr gefährlich und nachteilig halte, die den Herren zur Linken Gelegenheit gibt zu neuen Offensiven. Ich habe betont, daß die Anfrage ruhig und objektiv hier vorgebracht wurde, aber ich bedaure es, daß dadurch an und für sich eine Gelegenheit zu einer Debatte gegeben wurde, die für die bürgerliche Mehrheit im Landtage sicherlich nicht günstig oder von Vorteil ist. (Ing. Winkler: „Ich kann doch nicht dafür, daß Sozialdemokraten hier im Landtage sitzen!“) Gewiß, den Vorwurf habe ich auch nicht gemacht und Ihr Zwischenruf war daher nicht berechtigt. (Dr. Enge [zu Ing. Winkler]: „Aber Sie haben doch schon in Paldau eine rot-grüne Mehrheit des Landtages angekündigt!“)

Zur Frage der Beantwortung der Anfrage von seiten des Herrn Landeshauptmannes möchte ich nur noch sagen, daß wir den Herrn Landeshauptmann gewählt haben und keine Ursache haben, mit der Beantwortung der Anfrage unzufrieden zu sein. (Jira: „Aha, Mehrheitsliste gesichert!“) Mit Ihrer gütigen Zustimmung, ja.

Präsident: Bevor ich dem nächsten Redner das Wort erteile, bin ich bemüht, den Herren, die früher den Ausdruck „Lügner“ gebraucht haben, den Ordnungsruf zu erteilen.

Dr. Serneß: Hoher Landtag! Aus dem ganzen Verlauf der bisherigen Debatte gewinnt man den Eindruck, daß letzten Endes hier nicht das Problem „Major Pabst“ zur Diskussion steht, sondern, und dies insoweit, als die Heimwehr selbst Major Pabst in seinem Vorgehen deckt, eigentlich das Problem „Heimwehr“ zur Diskussion steht. Die heutige Anfrage und Debatte ist nichts anderes als eine Entladung der unglückseligen politischen Spannung, die seit Wochen zwischen der Heimwehr und den bürgerlichen Parteien herrscht und letzten Endes zum Schaden der Bürgerlichen noch weitere Dimensionen anzunehmen droht. Es klingen aus den ganzen Reden immer und immer wieder Vorwürfe hervor, die gegen Pabst gerichtet sind, die aber infolge der Deckung, die das Vorgehen Pabst's durch die Heimwehr erfahren hat, sich eigentlich gegen diese richten. Es ist auch nicht unangebracht, wenn man versucht, die politische Spannung dadurch zu entladen, daß man hier einmal sachlich und objektiv über diese Sache spricht und nicht immer draußen in Versammlungen eine solche Aussprache versucht, wo die Lust zur Agitation und zur Demagogie, sowie zum gegenseitigen Hinausflitzieren herrscht. Es ist meiner Meinung nach am Platze, daß man hier über diese Vorwürfe spricht, die man der Heimwehr macht, daß man hier darauf eingeht, wodurch die Stellung der Heimwehr gewiß geklärt werden wird. Ich möchte mich in meinen Ausführungen darauf beschränken, auf diese

Vorwürfe einzugehen und ich bin nicht der Ansicht, daß man sich schließlich damit heute abfindet, daß man eine Chronik über gewisse Verbrechen, die man Major Pabst in die Schuhe schiebt, aufstellt, über die, wie Herr Landesrat Dr. Hübler ganz richtig sagte, die Gerichtsakten und nicht der Landtag zu entscheiden hat. Herr Abg. Leichin hat sich bemüht, eine Chronik von politischen Verbrechen des Majors Pabst hier zu demonstrieren, hat aber vergessen, seiner Aufstellung auch gegenüber zum Beispiel das Verbrechen Dr. Adlers an Skürgh, anzuschließen. Wir wollen nicht nur die Taten der einen Seite, sondern auch die Ihrer Seite uns ins Gedächtnis rufen. (Leichin: „Der Adler hat das selbst gemacht, der Pabst aber war nur feig genug, andere anzuklaffen!“)

Nun, was macht man der Heimwehr eigentlich zum Vorwurf, was ist der Gipfelpunkt Ihrer Vorwürfe? (Leichin: „Pabst ist selbst immer feig ausgewichen!“ — Dr. Enge: „Was ist es mit Wallisch?“ — Heiterkeit. — Lärm. — Präsident gibt das Glockenzeichen.) Es hat sich die Heimwehr in der letzten Zeit politische Ziele gestellt und das wird ihr zum Vorwurf gemacht, und hauptsächlich deshalb, weil diese politischen Ziele sich nicht ganz mit den Zielen der bürgerlichen Parteien und mit den Zielen der Bundesregierung decken. (Leichin: „Nur mit den Zielen der Udoenpartei werden sich diese Ziele decken!“) Das war sehr geistreich. — Es wird der Heimwehr weiter zum Vorwurf gemacht, daß diese politischen Ziele angeblich faszistischen Charakter haben und es wird ihr driffens zum Vorwurf gemacht, daß sie, wie aus den Reden einiger ihrer Versammlungsredner herausgeklungen hat, gewillt und bereit ist, falls die bürgerlichen Parteien nicht imstande sind selbst Ordnung zu machen und der Opposition die Stirne zu bieten, sie selbst auf illegalem Weg dieses Ziel zu erreichen trachten will. — Nun, meine Damen und Herren, kann man es der Heimwehr verargen, daß sie politisch mündig geworden ist? Hat sie in unserem Vaterlande nicht schon hochwichtige Aufgaben gelöst, die unsere Parteien allein gegen die Opposition nicht zu lösen imstande waren? (Jira: „Der Zusammenbruch der Bodenkreditanstalt, das war der Haupterfolg der Heimwehrbewegung!“) Aber, ich bitte Sie, das ist doch lächerlich. Es ist doch auch aus der Rede des Abgeordneten Leichin herausgeklungen, daß das Arbeitslosenproblem die Ursache der Verfassungskämpfe war. Das sind Behauptungen von Ihnen, über die die Späßen auf dem Dache lachen. (Jira: „Sie sind ein Narr. 50 Millionen Schilling sind an einem Tage bei der Bodenkreditanstalt abgehoben worden! Wollen Sie das bestreiten?“) Was ist denn am 15. Juli geschehen? Davon reden Sie niemals. (Gaf: „Das ist schon längst vorbei!“ — Heiterkeit. — Hornik: „Der 15. und 16. Juli war die Demokratisierung!“) Sie wissen ganz genau, daß das Arbeitslosenproblem eine Folge, ein Symptom der heruntergekommenen Wirtschaft ist, weil das Parlament bei der Haltung der Opposition einfach nicht imstande ist, die wirtschaftlichen Fragen zu lösen. (Muhitsch: „Zuckersteuer zum Beispiel, Mehlaufgabe, das ist Ihre wirtschaftliche

Arbeit!“ — Machold: „Und andere Zölle!“ — Else r: „Für wen quatschen Sie denn eigentlich? Der Heimatschutz hat wahrscheinlich 1000 S gespendet!“

Es ist daher zu untersuchen, ob der Heimatschutz berechtigt ist, politische Ziele in diesem Staate aufzustellen und diese zu verfechten. Die Ursache, warum er sie aufstellt, haben sich Parlament und Landtage selbst zuzuschreiben, weil ihre Arbeit eine recht kümmerliche ist und in keinem Verhältnis steht zu dem, was sie beim Umbau in Österreich an ordnender und gesetzgebender Arbeit zu leisten hätte. Die ersten zehn Jahre unserer Republik sind damit verpulvert worden, daß die Parteien bestrebt waren, politische Machtpositionen auf Kosten der Allgemeinheit zu erkämpfen. Nichts als Klassenkämpfe — Sie sind ja die Verfechter desselben — sind hineingetragen worden in unser aufbaufähiges Österreich und haben jede gesunde Entwicklung hier in Österreich erschlagen. Daß schließlich und endlich, verehrte Damen und Herren, sich aus dem Volke Kräfte entwickelt haben, die dem Parlamente, der Regierung und den bürgerlichen Parteien beigegeben sind, die am 15. und 16. Juli die Opposition niedergezwungen haben, die den Verfassungskampf durchgesetzt haben, welcher nie vom Parlamente allein hätte geführt werden können, denn niemals hätten Sie sonst Ihre Zustimmung gegeben, daß nur ein Tüpfelchen Ihrer Verfassung geändert worden wäre, das war eine Naturnotwendigkeit und ein Verdienst der Heimwehr. (Rosenwirth: „Es ist aber nur ein halbes Tüpfelchen geändert worden!“) Ja, leider Gottes, nur ein halbes.

Wenn nun eine nichtpolitische Partei in Österreich politische Aufgaben außerhalb des Parlamentes geleistet hat, dann kann man es ihr auch schlechterdings nicht versagen, daß sie sich auch politische Ziele steckt. Die zweite Frage ist, welche Ziele hat sich die Heimwehr gesteckt? Und die Ziele sind nicht schlecht. Diese verlangen, daß man endlich anstatt der Parteienkämpfe Staatspolitik setzt, daß nicht die Macht oder die Mächtigkeit einer politischen Partei das Ausschlaggebende ist, daß man jedem einzelnen Bürger einmal beibringt, daß es ihm nur dann gut geht und gut gehen kann, wenn es dem Staate gutgeht, und daß schließlich das letzte Ziel einer gesunden Staatsleitung der Staatswohlstand, der Wohlstand seiner Bürger ist, und daß dieses Ziel das Höchste ist. Diese Hochziele, meine Damen und Herren, sind nun gewiß nicht solche, daß sie politisch bekämpft werden müßten. Und wenn nun die Heimwehr auf den furchtbaren Gedanken kommt, falls Parlament und Landtag nicht fähig sind, die verlangte Gesundung durchzusetzen und Gesetze, Verfassung und Geschäftsordnung, die das Verhalten der Opposition ermöglichen, zu ändern, dies auch ohne Parlament zu tun, dann sind Sie furchtbar empört. Ich möchte Sie nur daran erinnern, daß Sie alle Ihre politischen Siege nicht konservativ von den Vätern übernommen haben, sondern alle samt und sonders im Wege der Revolution besetzt haben (Wolf: „Sie haben Ihren Sitz durch einen Schwindel erreicht!“), daß Sie sich fortwährend durch Akte der Illegalität Denkmäler setzen und die Akte der Illegalität als heroische Taten in der Öffentlichkeit preisen.

Wir haben selbst, hier in diesem hohen Hause, vor nicht allzu langer Zeit den 12. November gefeiert, der schließlich und endlich, wenn wir vom rein staatswissenschaftlichen Standpunkt ausgehen, auch nichts anderes als ein Akt der Illegalität war. Gebärden Sie sich also nicht so als Konservative, wo Sie doch alle revolutionären Siege innehaben. (Leichin: „Sie kandidieren wohl jetzt bei der Heimwehr?“) Das geht Sie gar nichts an.

Nun, meine Damen und Herren, möchte ich mich anschließen an das Mahnwort, das Herr Landesrat Dr. Hübler, wie ich hoffe, hier nicht umsonst ausgesprochen hat. Auch ich bin der Ansicht, daß es vom rein bürgerlichen Standpunkt aus ein Unglück ist, sich gegenseitig in die Haare zu fahren und die Heimwehrbewegung zu mißachten, solange wir in Österreich noch immer Kräfte haben, die, die an und für sich gesunde Arbeiterbewegung mißbraucht, um die politische Macht in unserem Staate und auch in anderen Staaten für Sozialisierungsbestrebungen, für uns weltfremde Doktrinen zu erobern. Ich hoffe, daß die politischen Parteien es nicht einmal bereuen werden, daß sie in kritischer Stunde vielleicht keine Heimwehren mehr an ihrer Seite haben, die sie heute in einer Art Kampflust unbedacht zerschlagen wollen. Ich glaube, daß der richtige Weg derjenige der Verständigung wäre. Die Höchstziele der Heimwehr, glaube ich, sind solche, daß man sie unterschreiben kann. Es ist bei uns einmal notwendig, in diesen Zeiten des wirtschaftlichen Niederganges, daß wir uns von der Parteipolitik abwenden (Jira: „Das Korneuburger Gelöbniß!“), daß nicht immer samt und sonders die Parteipolitik das Höchstziel ist, sondern daß an Stelle der Parteipolitik endlich die Staatspolitik tritt. (Jira: „Das haben wir bei Apold gesehen, dem Generaldirektor der Alpinen, was der für Staatspolitik gemacht hat!“) Weil er einmal gewarnt hat und nicht umsonst gewarnt hat. (Jira: „Das ist das größte Verbrechen, das man in Österreich begangen hat.“) Wollen Sie mir vielleicht widersprechen, daß die Arbeitslosenziffer eine ungeheure ist? (Jira: „Das sind die Folgen!“) Dann kann ich behaupten, das sind die Folgen des 15. Juli, wenn ich einen so kurzen Verstand hätte wie Sie. (Jira: „Das Jahr 1928 war ein aufblühendes Jahr. Sie wollen von Wirtschaft reden!“) Ich glaube, daß die Auslegungen, die Sie mir bringen, nur von kurzem Verständnis zeigen. (Wolf: „Ihr Verständnis da gehört hinunter zum Zirkus!“) Sie waren unten, nicht ich. Wollen Sie vielleicht behaupten, daß die tausende Exekutionen pro Tag in Wien eine Fabel sind? Wollen Sie behaupten, daß es unwahr ist, daß sich zwecks Ablegung des Offenbarungseides die Parteien bei den Gerichten anstellen müssen, daß ernste Wirtschaftskreise vor dem Winter zittern, weil sie heute schon sehen, daß wir einen Katastrophenwinter erleben werden? (Jira: „Das ist ja wahr, aber die Schuldfrage?“) Weil wir die ganzen Jahre eine unglückliche Handelspolitik betrieben haben. (Jira: „Wer regiert denn seit zehn Jahren? Die Bürgerlichen!“) Wer hat jede gesunde Politik verhindert, nur Sie! (Jira: „Zehn Jahre haben Sie gebraucht, um diesen Staat an den Rand des Abgrundes zu bringen!“ — Hor-

n i k : „Zehn Jahre haben Sie redlich dazu beigetragen, um das zu erreichen!“ — L e i c h i n : „Ausgelegter Unsinn ist das, was da erzählt wird!“ Unsinn ist das keiner, aber unangenehm ist es Ihnen. Wollen Sie vielleicht weiter widersprechen, daß die verrückte Wirtschaftspolitik schuld ist, wenn wir täglich hunderte von Waggons einführen und hier mit der Arbeitslosigkeit kämpfen? (Zwischenrufe W o l f, P f o r k n e r. — H o r n i k : „Einmal ist das eine allgemeine Welterscheinung und dann ist wieder einmal der Heimatschutz schuld daran!“)

Präsident (das Glockenzeichen gebend): Ich bitte, keine Zwiegespräche.

Dr. Serneß (fortfahrend): Sie sind nie schuld daran. Sie sind immer die Lamperln, die brav waren und die sich als konservative Arbeiterpartei mit innerlichen revolutionären Zielen aufspielen. Wer den revolutionären Zielen aber entgegenarbeitet, der ist ein Verbrecher. Mit dieser Politik locken Sie heute keinen mehr hinter den Ofen hervor. (Regner: „Nur den Serneß!“ — M a c h o l d : „Warten wir die Wahlen ab, dann reden wir weiter!“) Meine Damen und Herren! Ich glaube, daß es notwendig ist, für jeden, der die große Gefahr in Österreich erkennt, daß man sich mit der Heimwehrbewegung an dem Beratungstisch und nicht draußen in Versammlungen auseinandersetzt. Das wird geschehen, wenn die politischen Parteien an Stelle der egoistischen Einstellung zur Partei endlich einmal die Gesamteinstellung zum Staate setzen, wenn sie sagen können, uns geht der Staat vor der Partei. (Beifall bei den Christlichsozialen. — P f o r k n e r : „Das war die heitere Ecke!“)

M a c h o l d : Meine Damen und Herren! Der Herr Präsident hat vor kurzem allen jenen, welche den Ausdruck Lügen oder Lügner gebraucht haben, den Ordnungsruf erteilt. Ich bekenne mich auch zu denjenigen, die das getan haben und es kommt nicht oft vor, daß ich bei meiner ziemlichen Ruhe aus dem Häuschen gerate. Ich muß aber feststellen, daß die Behauptung des Herrn Landesrates Dr. H ü b l e r vollständig unwahr ist. Seitdem ich in dem hohen Hause sitze, das ist seit dem Umsturz, ist niemals mit den Weißerischen Arbeitern gedroht worden. (Dr. H ü b l e r : „Ich habe doch aufgeklärt, wie das war!“) Herr Dr. H ü b l e r hat mit großem Pathos etwas behauptet, was nicht richtig ist. (Dr. H ü b l e r : „Weil Sie gleich ein Geschrei erhoben haben!“) Diese Interpellation des Landbundes ist niemandem mehr unbequem als den Großdeutschen. (H o r n i k : „Warum denn?“) Das ist selbstverständlich, denn Farbe zu bekennen, ist den Großdeutschen unangenehm. In Wien dafür zu stimmen, daß Major P a b s t ausgewiesen wird, den Parteiobmann heranzuziehen, der mit der Ausweisung einverstanden ist, den Minister ebenfalls, und hier sich drücken, wenn eine Interpellation kommt, das ist echt großdeutsche Politik. Daß Herr Dr. H ü b l e r durch die geschickte Taktik des Herrn Landeshauptmannes ein Alp von der Brust gefallen ist, der die Sache auf ein anderes Gebiet drängt und behauptet, nicht als Landeshauptmann, sondern als Nationalrat interveniert zu haben, begreife ich, denn

auch Sie, Herr Landesrat H ü b l e r, sind dadurch aus dem Wasser. Es ist auf einmal nicht mehr notwendig, daß Sie, sowie vormittags, erklären, Sie müssen wegfahren, damit diese Sitzung nicht stattfindet und alle möglichen Mätzchen aufführen, damit diese Interpellation nicht eingebracht wird. Mit einem Wort, der Herr Landeshauptmann hat Ihnen glänzend herausgeholfen. Der Nationalrat Dr. R i n t e l e n hat interveniert, nicht der Herr Landeshauptmann Dr. R i n t e l e n und das genügt für Sie, für mich aber nicht.

Jetzt möchte ich zur ganzen Sache noch einiges sagen. Die Antwort des Herrn Landeshauptmannes war eine Verlegenheitsantwort, das ist für jeden Menschen klar, der ein bißchen denkt. Diese Antwort kann vielleicht jenen Herren genügen, denen der Herr Landeshauptmann auf der Universität Vorträge hält. Das mag möglich sein, daß die angehenden Juristen eine derartige Erklärung zur Kenntnis nehmen und vielleicht noch Landesrat H ü b l e r und seine Partei. Wir aber nehmen eine derartige Erklärung nicht zur Kenntnis. Es ist eine Augenauswischerei, zu behaupten, ich habe nicht interveniert als Landeshauptmann, sondern ich bin auch Abgeordneter im oststeirischen Wahlbezirke, ich habe deshalb in meiner Eigenschaft als Nationalrat des oststeirischen Wahlkreises interveniert, Schluß, die Sache ist für mich erledigt, Landeshauptmann war ich in dieser Sache nicht. Für uns treffen diese Argumente nicht zu. Wir haben im Abgeordnetenhaus ungefähr 170 Nationalräte. Keinem einzigen davon ist es eingefallen, in der Angelegenheit P a b s t zu intervenieren. Es wären wahrscheinlich andere eher berufen gewesen, als Nationalrat Dr. R i n t e l e n, zu intervenieren. Vielleicht die Tiroler Abgeordneten. Dort hat P a b s t sein Domizil gehabt. Ich kann es auch verstehen, daß der Landeshauptmann von Tirol, der vielleicht eine Kompetenzüberschreitung in der Handlung des Bundeskanzleramtes erblickt, interveniert hat, aber ich kann es unter keinen Umständen verstehen, daß der oststeirische Nationalrat Dr. R i n t e l e n in dieser Frage interveniert. Es ist unmöglich, solche Ausflüchte zu gebrauchen. Es ist und bleibt bei einer Intervention des Herrn Landeshauptmannes. Die Verlautbarung, die Landesrat W i n k l e r bei seiner Interpellationsstellung verlesen hat, gibt den Beweis. In keiner Zeitung steht, daß der Nationalrat R i n t e l e n interveniert hat, sondern nur der Landeshauptmann von Steiermark. Nachdem ich behaupten kann, daß diesen Verlautbarungen der Nationalrat und Landeshauptmann nicht ganz ferne steht, so meine ich, hätte er veranlassen können, daß Nationalrat und nicht Landeshauptmann hineingenommen wird. Es wäre ihm dann vielleicht die Beantwortung der heutigen Anfrage des Landesrates W i n k l e r etwas leichter gewesen. Nun zur Tatsache. Der Landtag hat 56 Abgeordnete. Der Landeshauptmann wird von diesem hohen Hause mit Mehrheit gewählt. Die Christlichsozialen haben, wenn ich auch nach den Erklärungen des Herrn Kollegen H ü b l e r die ganze Einheitsliste annehme, zusammen 24 Mandate in diesem Hause. Nehmen wir Dr. S e r n e ß auch noch dazu, dann sind es 25. Nachdem aber alle anderen von den 56 nicht

der Auffassung sind, daß Dr. Rintelen in dieser Frage hätte intervenieren sollen, hat sich der Herr Landeshauptmann in Widerspruch zur Mehrheit des Landtages gestellt und damit auch in Widerspruch gestellt zur Mehrheit der Bevölkerung in diesem Lande. (Rosenwirth: „Das ist der Kern!“) Daran ist gar kein Zweifel.

Nun, was jener Pabst ist, für den der Herr Landeshauptmann interveniert hat, hat Ihnen Abg. Leichin bereits auseinandergesetzt. Sie mögen darüber urteilen, wie Sie wollen, Tatsache ist, daß es sich um einen Abenteuerer schlimmster Sorte handelt, um einen Menschen, der das Deutschland, zu dem Sie immer kommen wollen, mit dem Kapp-Putsch nahe an den Rand des Abgrundes gebracht hat. Und zu diesem Menschen stehen Sie! Der Herr Landeshauptmann weiß so genau wie ich, daß Pabst ein Verräter schlimmster Sorte ist. Er hat Noske, dessen Vertrauensmann er war, in der schmächtigsten, schimpflichsten, schäbigsten Weise verraten. Das weiß der Herr Landeshauptmann und trotzdem hat er für ihn interveniert.

Es könnte die Frage aufgeworfen werden, wieso wir Sozialdemokraten auf einmal für die Verletzung des Asylrechtes sind. Der Herr Kollege Leichin hat schon darüber ein paar Worte gesagt und ich möchte dem folgendes hinzufügen: Wenn der Major Pabst, trotzdem er ein solcher Abenteuerer ist, daß man die Bevölkerung vor ihm warnen muß, wenn dieser Mensch sich in Österreich aufgehalten und wie Bela Kun Ruhe gehalten und sich nicht in die innerpolitischen Verhältnisse eingemischt hätte, so hätte er ganz ruhig in Innsbruck oder irgendwo anders sitzen können. Der Mann hat sich aber als fremder Staatsbürger in unsere Angelegenheiten eingemischt, er ist der geistige Inspirator der Heimwehr und der Umsturzpläne, die uns bekannt sind. Die anderen sind nur vorgeschobene Leute und es weiß jeder Mensch, daß nicht Steidle der spiritus rector dieser ganzen Angelegenheit war, sondern Pabst. Stellen Sie sich vor, jemand anderer würde nur annähernd das alles gemacht haben! Sie reden von kommunistischen Umtrieben. Die kommunistische Partei bedeutet in Österreich nichts; die Arbeiter, die sozialdemokratische Partei ist mit diesen Leuten selbst fertig geworden. Es sind das ein paar Marktschreier, die in keine öffentliche Körperschaft hineinkommen. Aber stellen Sie sich vor, daß diese ganz bedeutungslosen Menschen sich einmengen wollten in unsere Angelegenheiten! Sofort wäre der Landeshauptmann oder der Polizeidirektor da und diese Leute säßen am nächsten Tag im Kriminal. So sieht die Gerechtigkeit aus, mit der diese Regierung vorgeht! Sie dürfen sich nicht vielleicht beklagen über ein brutales Vorgehen gegenüber dem Major Pabst, im Gegenteil. Man hat diesen Mann mit Glacéhandschuhen angefaßt, sonst hätte man ihn bei dem Material, das bei der Regierung liegt, schon längst hinter Schloß und Riegel setzen müssen. Aber damit man ihn nicht anzuklagen braucht und damit nichts herauskommt, hat man ihn mittels Flugzeug nach Venedig transportiert. Der Regierung kann wirklich nicht der Vorwurf gemacht werden, daß sie gegen

diesen Ausländer, gegen Major Pabst, brutal vorgegangen ist. Es ist aber traurig, daß sich der Herr Landeshauptmann für solche Abenteuerer einsetzt. Das ist sicher eine Binsenwahrheit und es stimmt mich auch traurig, daß der Herr Landeshauptmann, dieser intelligente Mensch, dessen Intelligenz für das Land von großem Nutzen sein würde, aus der Vergangenheit scheinbar nichts gelernt hat. (Mikola: „Er hat schon viel gelernt!“) Wir haben uns in diesem Landtage wiederholt mit der Person des Herrn Landeshauptmannes Rintelen beschäftigt — er ist eine umstrittene Persönlichkeit — und wir haben hier wiederholt Gelegenheit gehabt anzuführen, wie schlecht es ist, wenn ein an so hoher Stelle stehender Mann sich mit Menschen umgibt, die besser ferngehalten werden sollen. Der Herr Landeshauptmann ist wiederholt in früheren Jahren in unmittelbarer Berührung mit einer Reihe von bedenklichen Charakteren gestanden und sollte man annehmen, daß er endlich aus seinen Erfahrungen die Lehre zieht, das zu unterlassen. (Dr. Illig: „Die reinste Fastenpredigt!“) Das ist aber nicht geschehen. Nicht zu seinem Vorteil, nicht zur Steigerung des Ansehens als Landeshauptmann, nicht zur Steigerung des Ansehens des Landes Steiermark. Sicherlich auch nicht geschehen im Interesse der christlichsozialen Partei. Das ist aber nicht meine Sache. Ich kann nur annehmen, daß der Herr Landeshauptmann diese Betriebsamkeit und Regsamkeit in der letzten Zeit für die Heimwehr aus ganz bestimmten politischen Erwägungen macht. Ich kann mir vorstellen, daß er der Meinung ist, daß die Heimwehr, die den bürgerlichen Parteien wieder abtrünnig werden und bei den nächsten Wahlen eigene Kandidaten aufstellen könnte, umschmeichelt werden muß, damit sie das nicht tut und damit sie christlichsozial werde. Wenn man sich den Heimwehrrut aufseht oder für derartige Menschen interveniert, wie sie in der Person des Majors Pabst geschildert worden sind, oder versucht die Intentionen der Heimwehr zu fördern, so ist sicher, daß dies bei der Heimwehr Aufsehen erregt und dieser angenehm ist. Aber es ist die große Frage, ob diese Drahtzieher der Heimwehr, diese ultranationalen Führer, wirklich ihre Leute kommandieren werden, für die christlichsoziale Partei zu stimmen und ob wir nicht andere Überraschungen erleben werden. Ich glaube, daß dieses Reiten auf zwei oder mehreren Sesseln schon oft dazu geführt hat, daß mancher zwischen den Sesseln auf den Boden zu sitzen gekommen ist.

Nun noch eine Frage. Nachdem hier die Heimwehrfrage angeschnitten worden ist, habe ich mir Notizen gemacht. Die Herren Landesrat Dr. Hübler, Dr. Serneß und andere haben in wütender Weise auf den 15. Juli verwiesen und ihn in Zusammenhang mit der Angelegenheit des Majors Pabst bringen wollen. Es wäre doch wirklich einmal an der Zeit, daß man sich bemühen sollte festzustellen, was eigentlich der 15. Juli war. Sie reden herum und wissen es nicht. Sie reden nach, was erzählt worden ist oder sagen wissenschaftlich nicht die Wahrheit. Die Wahrheit vom 15. Juli ist allen kleinen Bürgern, Bauern und vielen Städtern niemals bekanntgegeben

worden. Sie haben es verstanden, aus diesem nationalen Unglück heraus die Heimwehrbewegung wieder aufzufrischen. Ihnen waren die 90 Toten an der Zentralfriedhofmauer gerade gut genug, um Ihre zugrunde gegangene Heimwehrbewegung aufzufrischen. (Lebhafter Widerspruch bei der Einheitsliste. — Lärm. — Präsident gibt wiederholt das Glockenzeichen. — Dr. Serneß: „Das hat aber mit dem 15. Juli zu tun!“) Der 15. Juli hat mit Putsch's nichts zu tun. Ich werde Ihnen sagen, was der 15. Juli war. (Doktor Serneß: „Ist Ihnen das unbekannt? Von einem Betrieb zum andern ist der republikanische Schutzbund gegangen und hat die Leute gezwungen, die Betriebe stillzulegen!“) Ich will Sie nur bitten, das amtliche Protokoll in Wien zu lesen. Sie machen aus allen Kleinigkeiten solche Affären. Wir handeln es sich um die Tatsache, daß in Wien 90 Menschen ihr Leben haben lassen müssen. . . . (Hornik: „Wer war schuld daran? Die Heße der Arbeiterzeitung!“ — Lärm. — Hornik: „Das paßt Ihnen nicht!“ — Präsident gibt das Glockenzeichen.) Daß Sie aus diesem Unglück dann Ihre zugrunde gegangene Heimwehrbewegung wieder aufgefrischt haben, das werden Sie nicht bestreiten können. Wir haben in Steiermark die Heimwehrbewegung miterlebt. Was war sie bis zum 15. Juli? (Hornik: „Was war am 16. Juli in Bruck?“ — Dr. Enge: „Haben Sie heute den Wallisch abkommandiert, weil wir vom 15. Juli sprechen?“) Gar nichts war sie. Sie ist den Weg gegangen, den alle Vorgänger gegangen sind und Sie haben es verstanden, die Unkenntnis der Menschen auszunützen, aus der Tatsache, daß in Wien ein Unglück geschehen ist. (Hornik: „Wäre keine Heimwehr gewesen, dann hätten wir jene Demokratie, die Austerlitz gepredigt hat!“) Sie haben in Ihrer Presse behauptet, gegen Ihr besseres Wissen, daß es sich in Wien um einen Putschversuch gehandelt hat. Sie wissen ganz genau, daß es sich um eine unorganisierte spontane Aktion gehandelt hat von jugendlichen Menschen, die auf die Straße gegangen sind. (Lärm. — Jirä: „Durch Jahre hindurch sind Arbeitermörder freigesprochen worden!“ — Hornik: „Die Heßerei der Arbeiterzeitung hat das gemacht!“) Hören Sie mich einmal ruhig an, es sind das keine Ausfälle, es sind historisch zu erweisende Tatsachen. Sie haben allen Menschen erzählt, daß es sich um einen Putschversuch handelte. (Roth: „Wo ist der Wallisch heute, der Aufwiegler?“) Das ist nicht wahr.

Präsident (das Glockenzeichen gebend): Ich mache aufmerksam, daß Ihre Redezeit schon überschritten ist.

Machold: Ich werde mich noch einmal zum Worte melden. Nachdem ich nach der Geschäftsordnung als Landesregierungsmitglied reden kann, so lange und so oft ich will. (Roth: „Heute gibt es keine Geschäftsordnung!“ — Muchitsch: „Haben Sie die Geschäftsordnung schon aufgehoben?“)

Präsident: Der § 58, Absatz 5 der Geschäftsordnung macht keinerlei Ausnahme für die Regierungsmitglieder bei einer dringlichen Anfrage. Es hat kein Redner länger als 20 Minuten zu sprechen.

Machold: Stimmt. Aber in einem anderen Paragraphen steht, daß ich mich als Landesregierungsmitglied so oft ich will zum Wort melden kann.

Dr. Rintelen: Hohes Haus! Der Herr Landesrat Machold hat in seiner Rede eine Bemerkung gemacht, die mich befremdet hat. Er hat gesagt, daß ich mich um eine Antwort herumgedrückt hätte. Es sind vielleicht 10 oder 11 Jahre, die wir hier gekämpft haben und der Herr Landesrat Machold wird sich an manch offenen Strauß erinnern, den wir ausgekämpft haben. Ich bin oft bekämpft worden und scharf bekämpft worden und es ist schon gesagt worden, daß ich brutal bin, aber daß ich Ausflüchte gebraucht hätte, hat in diesem Hause noch niemand gesagt, und diese Äußerung veranlaßt mich, noch etwas anderes zu sagen, sie bringt mich auf eine ganz andere Bahn.

Ich bemerke, daß der Herr Landesrat Winkler feststellen wollte und festgestellt hat, daß ich mich nicht auf einen Auftrag des Landtages zu berufen das Recht hatte. Ich mußte daher antworten, daß ich einen solchen Auftrag nicht gehabt habe. Wenn ich das Gegenteil gesagt habe. . . . (Zwischenruf Rosenwirth). Ich bitte, mich zu Ende sprechen zu lassen, wenn Sie mich verstehen wollen. Wenn ich gesagt hätte, ich habe einen Auftrag des Landtages, hätten Sie wahrscheinlich das Wort „Lügner“ gebraucht, das in einem anderen Zusammenhang heute schon einmal gefallen ist. Ich habe also festgestellt, daß ich einen solchen Auftrag nicht hatte, habe aber auch ausdrücklich gesagt: Zusammenfassend muß ich betonen, daß ich auch heute noch Form, Inhalt und Legitimation meiner Intervention für richtig halte und daher nichts zurückzunehmen habe. So spricht kein Mann, der Ausflüchte gebraucht, umsomehr ich gesagt habe: „Legitimation.“ Wenn Sie, Herr Landesrat Machold, der Meinung sind, daß Sie mich heute als Landeshauptmann zur Verantwortung ziehen — und dazu haben Sie das Recht — dann stellen Sie hier im hohen Hause den Antrag, zu dem Sie verfassungsmäßig berechtigt sind, daß ich mich als Landeshauptmann verantworte. Dann wird das hohe Haus Stellung nehmen. (Beifall bei den Christlich-sozialen.) Dann werden Sie Gelegenheit haben, die Frage zu prüfen, ob die ganze Bevölkerung von Steiermark oder der größte Teil gegen mich ist. Darum möchte ich also bitten.

In tatsächlicher Beziehung muß ich bezüglich der Ausführungen der früheren Redner feststellen, daß nicht alle Parteien sich mit der Frage Pabst zu befassen Gelegenheit gehabt haben, auch nicht alle Mitglieder der Bundesregierung.

Im übrigen muß ich sagen, daß ich selbstverständlich als verfassungsmäßig gewählter Landeshauptmann in bezug auf die Beurteilung meiner Handlungsweise, wenn das hohe Haus der Meinung ist, daß ich meine Handlungsfreiheit überschritten habe, jetzt und insbesondere auch für Neuwahlen zur Verfügung stehe.

Machold: Hohes Haus! Ich glaube, daß das hohe Haus mir gestatten wird, meinen Gedanken zu Ende zu führen, um einmal hier in ruhiger Weise zu sagen, daß die ausgestreuten Nachrichten über den 15. Juli

nicht richtig sind. Ich habe gesagt, daß ein Putschversuch der Arbeiterschaft damals nicht vorgelegen ist und Sie haben versucht, zu beweisen, daß die organisierte Arbeiterschaft in Wien einen Putschversuch hat unternehmen wollen, das entspricht nicht den Tatsachen. Wenn diese aber in Österreich oder in Wien einen wohlvorbereiteten Putsch hätte machen wollen, so blöds hätte sie es nicht gemacht. Die organisierte Arbeiterschaft in Österreich lehnt jeden Putsch ab. Ich erinnere Sie an die Jahre 1918 und 1919. Es sitzen eine Reihe von Herren hier, die damals mit mir gemeinsam im Hauptverbande der Industrie alles gemacht haben (Dr. Serneß: „Sie schon, Herr Landesrat, aber die Partei nicht!“), um einen solchen Putsch hintanzuhalten. Damals war eine gewisse Gefahr vorhanden. Wenn die sozialdemokratische Partei die Auffassung vertreten würde, daß ein Gewaltregime überhaupt möglich ist und ihren Grundsätzen entsprechen würde, hätte sie damals das gemacht und nicht hier, wo es sich um eine wirklich elementare Explosion gehandelt hat, die ganz falsch ausgelegt worden ist. Schauen Sie, Sie sind hinausgegangen und haben dieses Märchen vom Putsch erzählt und die Bauern und Bürger haben Ihnen das geglaubt. Wahr ist, daß damals auf Grund dieser furchtbaren Katastrophe die sozialdemokratische Partei dem Herrn Prälaten Seipel ein Konzentrationsministerium angeboten hat. Man hat das nicht nur abgelehnt, sondern erzählt, die Sozialdemokraten hätten Seipel veranlassen wollen zurückzutreten, die Diktatur des Proletariates aufzurichten. Diese Lüge, die insbesondere von der Heimwehr gebraucht worden ist, ist Ihnen nicht schlecht genug gewesen, um gegen die Sozialdemokraten zu hegen und den Eindruck hervorzurufen, als ob die Gesamtheit der Partei nichts anderes wäre als Mordbrenner, die sich identifizieren mit den Anzündern des Justizpalastes. Wissen Sie, wer den Justizpalast angezündet hat? Ein paar Hundert junger Leute, der Schule entwachsen. (Zwischenrufe.) Hören Sie mich an, Sie vertragen das nicht. Ein paar Hundert junge Leute, die kaum der Schule entwachsen waren, niemals in Arbeit gekommen sind, die das ganze Elend der Arbeitslosigkeit mitgemacht haben. Was wollen Sie von solchen Menschen haben? Sie haben Kaiserbilder und Akten angezündet und haben sich kindlich gefreut darüber, daß der Justizpalast gebrannt hat. Das sagen Sie draußen nicht. Sie werden es nicht bestreiten können, daß der sozialdemokratische Bürgermeister von Wien selbst von einem Leiterwagen aus versucht hat, der Feuerwehr den Weg zu dem brennenden Justizpalast zu bahnen. Sie werden nicht bestreiten können, daß republikanische Schutzbündler verwundet worden sind, weil sie Wachleute aus dem brennenden Justizpalast gerettet und beschützt haben. Das erzählen Sie nirgends. Bei Ihnen besteht die Tatsache, daß der Putsch vorbereitet war und aus diesem Putsch müssen Sie eben Kapital schlagen. Das ist unrichtig, das ist ein schweres Unrecht und es führt nicht zum Ziele, das Sie erstreben. Was wollen Sie vernichten? Sie wollten die Sozialdemokraten vernichten? Drei Jahre sind inzwischen vorübergegangen. Wollen Sie behaupten, daß Sie

diesen Zweck erreicht haben? Was haben Sie erreicht? Sie haben in Österreich eine ständige Unruhe erzeugt durch die Heimwehrbewegung, die dazu geführt hat, daß Milliarden Schilling ins Ausland gegangen sind, die Heimwehrführer selbst haben ihre Gelder aus den Sparkassen und Banken herausgenommen und im Ausland angelegt. Sie haben erreicht, daß der Kredit des Staates im Ausland gelitten hat, was Sie nicht bestreiten können. Schauen Sie sich die Bedingungen der jetzigen Anleihe an! In einer Zeit, wo man den Zinsfuß mit 2 Prozent errechnet, muß die Regierung, damit sie das Geld bekommt, 7 Prozent Zinsen bezahlen, ein Beweis dafür, daß das Ausland wenig Vertrauen zu diesem Staate hat. Sie haben durch diese fortwährenden Drohungen mit dem Bürgerkrieg alles durcheinandergebracht. (Gaf: „Da war der Generalfreik eine viel ärgere Bedrohung!“) Diese fortwährenden Drohungen mit dem Bürgerkrieg sind eigentlich die Ursache dieser Wirtschaftsnot in Österreich. Sie waren auch die unmittelbare Ursache des Zusammenbruches der Bodenkreditanstalt, die bei ihrem Zusammenbruche eine große Anzahl von Industrien mitgerissen hat (Dr. Serneß: „Das war nicht die Ursache!“), wodurch wieder Arbeitslosigkeit erzeugt wurde. Das sind die Folgen der Politik, die Sie inaugurieren haben: Tausende von Arbeitslosen. Wenn Sie hier die jetzigen Verhältnisse schildern, Herr Dr. Serneß, die Not der Bauern, Bürger und Arbeiter, so haben Sie vollständig recht. Wir gehen nur auseinander in unserer Meinung über die Ursachen. (Dr. Serneß: „Die Ursachen sind nicht die Verfassungskämpfe!“) Solange in diesem Staate nicht Ruhe sein wird, solange man nicht ruhig wird arbeiten können, solange gewisse Menschen glauben, Funktionäre bei den bürgerlichen Parteien ablösen zu müssen, indem sie radikaler sind als jene, die heute in den öffentlichen Verwaltungskörpern sitzen, solange wird die Wirtschaftsnot nicht behoben werden. Man müßte Abschied nehmen von dieser Politik, nur dann kann es anders werden. (Gaf: „Lösen wir den Schutzbund auf!“) Sie können anführen: „Wir haben den Sozialdemokraten in gewissen Betrieben Abbruch getan.“ Diese Tatsache ist nicht zu bestreiten. Beispielsweise haben gewisse Betriebe, die Alpine usw., eine ziemlich bedeutende Anzahl von Heimatschützern. Das ist uns nicht gleichgültig. Aber daß diese Tatsache vielleicht himmelfürmende Folgen hat, werden Sie wohl selbst nicht glauben. Sie müssen wissen, wie diese Menschen zur Heimwehr kommen, schämen müßte man sich solcher Mittel. Menschen, die nichts zu essen haben, deren Frau und Kinder brotlos sind, die Gefahr laufen, daß sie aus den Betriebswohnungen hinausgeschmissen werden (Riemer: „Umgekehrt!“), die wissen, daß sie nirgends mehr Arbeit bekommen, diese Menschen pressen Sie in die Heimatwehr hinein. Das ist keine Kunst! Wenn Sie heute die Betriebsratswahlen außerhalb des Betriebes durchführen, wenn also der Einfluß der Heimwehrkommandanten wegfällt, so werden Sie sehen, daß soundsoviel hundert Heimatschützer sind, aber soundsoviel Stimmen weniger abgegeben wurden. Täuschen Sie sich nicht. Diese Me-

thoden können nicht zum Endziel führen. Sie bringen Ihnen Leute, die mit Terror zu Ihnen kommen (Widerspruch bei der Einheitsliste), aber innerlich sicher nicht bei Ihnen sind. Es gibt aber auch noch eine andere Kategorie. Es ist selbstverständlich, daß es in jeder politischen Partei, bei jeder politischen Organisation, Menschen gibt, die unehrenhaft sind, die sich gewisse Dinge haben zuschulden kommen lassen usw., und ich möchte ausdrücklich erklären, daß es mir nicht einfällt, die Heimwehr in ihrer Gesamtheit mit diesen Menschen auf eine Stufe zu stellen. Aber es ist merkwürdig, daß gerade diese Überläufer solche Menschen sind, die eben aus irgend einem Grunde ausgestoßen wurden. Solche Leute werden mit offenen Armen als Heimwehrkommandanten aufgenommen, und es vergeht kein Tag, wo Sie nicht in der Gerichtssaalspalte über Affären lesen können, wo ein an der Spitze stehender Heimwehrkommandant mit dem Gerichte in Konflikt kommt. In den Donawitzer Betrieben hatten wir seinerzeit einen schweren Kampf mit den Kommunisten durchzuführen gehabt. Sie haben uns sehr bedrängt. Was wir im Interesse der Arbeiter gefordert haben, war ihnen zu wenig. Sie stellten höhere Lohnforderungen und wollten bessere Arbeitsbedingungen. Es hat eine Zeit gegeben in Donawitz, wo die Vertreter der Kommunisten nahezu so stark waren wie wir. Diese Maulhelden sind nun die ersten gewesen, die bei der Heimwehr dabei waren. Die gönnen wir Ihnen! Sie werden auch die ersten sein, die Ihnen wieder davonlaufen! Auf diesen Erfolg brauchen Sie nicht stolz zu sein. Wir mußten in einem bürgerlichen Abendblatt lesen, daß die Heimwehr 492.000 Mann stark ist. Da würde ich Ihnen nur einen guten Ratsschlag geben: Veranlassen Sie, daß der Landtag, das Parlament aufgelöst wird und ziehen Sie diese 492.000 Heimwehrmänner heran, daß sie ihre Stimme für Sie abgeben. Das scheuen Sie aber, weil Sie wissen, daß das ein Bluff ist, daß das nicht wahr ist und daß sich mit dieser Ziffer nichts anfangen läßt. Wir werden ja die Zeit bald durchleben, wo wir die Probe aufs Exempel machen werden. Wir werden dann sehen, wie stark diese Volksbewegung ist. Wir werden sehen, wer hinter diesen Leuten steht, wer hinter denjenigen ist, die immer den Bürgerkrieg, Verfassungskampf und Ausrottung des Marxismus predigen. Wenn Sie dann bei den Wahlen wirklich so stark sind und in das Parlament und in den Landtag hineinkommen, können Sie auf friedlichem, demokratischem Wege alle diese Pläne durchsetzen, die Sie in Ihrem Büchlein niedergeschrieben haben, wovon uns Abg. S e r n e z einige Kapitel vorgetragen hat. Nun, so steht das, meine Damen und Herren. Über diese Anfrage hinaus ist die ganze Affäre wirklich ernst; und da helfen keine sehr stürmischen Auseinandersetzungen. Es hilft uns auch nicht, wenn wir uns hier vielleicht die Schädel einschlagen würden. Es handelt sich um eine ernste Sache, um ein Problem, das hier aufgefaßt ist. Sie sagen, Sie haben eine große, starke Bewegung hinter sich. Was will diese Bewegung? Daß die Verfassung geändert wird. Und diese Verfassungsänderung geschah in einer Zeit, wo wir geseufzt haben unter der allgemeinen wirtschaftlichen Not. Das war das Allheil-

mittel für Österreich — eine Verfassungsänderung! Nun, die Frage einer Verfassungsänderung in einem Staate ist nicht so leicht zu lösen. Die Verfassung ist die Grundlage im Staate. Sie ist das, was das Zusammenleben zwischen den drei großen Gruppen im Staate, zwischen den Bürgern, Bauern und Arbeitern fundamental regelt. Und es braucht sich keine dieser Gruppen einzubilden, daß sie vielleicht einmal durch irgend welche Zufälligkeiten die anderen wird niederdrücken können und daß es irgend eine Verfassung geben könnte, die den anderen Gruppen ihre Lebens-einstellung abschneidet. Nein, das wird nicht gelingen, das wäre unmöglich! Sie hatten sich nun das Ziel gesetzt, die Verfassung so zu ändern, daß Sie dadurch die Sozialdemokraten um ihr Recht, um ihre Macht bringen. Hinausgeschrien haben Sie es: Keine Kompromisse! Genau so muß die Verfassungsreform angenommen werden (Dr. E n g e: „Und Sie haben gesagt, nein, niemals!“ — R o s e n w i r t h: „Ist auch niemals geworden!“), wie die Vorlage eingebracht wurde. Kein Jota ist daran zu ändern! Verhandelt wird mit keinem Menschen darüber! Das war Ihr Programm, das Programm der Heimwehr, Herr Kollege E n g e. (Dr. E n g e: „Niemaß!“)

Und was ist herausgekommen? Es ist die jetzige Verfassung herausgekommen. Mit der Waffe in der Faust sollte alles das errungen werden, mit dem Marsche nach Wien sollte es erkämpft werden — und wehe, wenn sich wer dagegen stemmen sollte! Sie werden alle hinweggesetzt werden! So stand es überall zu lesen. Das Fazit war, daß wir eine Verfassung bekommen haben, die geändert worden ist, weil wir Sozialdemokraten geglaubt haben, einigen Änderungen zustimmen zu können. Und die Grundlage für die Entwicklung der Arbeiterbewegung in Österreich besteht nach wie vor.

Das war dieser große Verfassungskampf! Und ich sage Ihnen: Spielen Sie nicht mit dem Bürgerkrieg! Jeder Mensch, der den Krieg mitgemacht und die Folgen des Krieges gesehen und miterlebt hat, der mußte es weit von sich weisen, auch irgendwie beizutragen, daß es noch irgend einmal zu einem Blutvergießen in Österreich kommt. Das wäre das Ende von allem gewesen, ob nun Bauer, Bürger, ob Arbeiter oder Angestellter, alle wären damit erledigt. — Und mit dem haben die Heimwehren nicht nur gespielt, sondern das auch ernstlich vorbereitet. Der Herr Kollege Landesrat W i n k l e r, der zweifellos in der Lage wäre, sich die entsprechenden Informationen von seinem Ministerkollegen S c h u m p zu verschaffen, wird sicherlich imstande sein, diese meine Beleuchtung bestätigen zu können.

Meine Damen und Herren! Das führt zu nichts. Diese Treibereien haben uns letzten Endes gar nichts anhaben können. Unsere Organisationen stehen wie vordem geschlossen da. Machen Sie das doch auch so! Organisieren Sie Ihre Leute, versuchen Sie, Ihren Leuten beizubringen, daß in jeder Republik, in jedem demokratischen Staate die Mehrheit des Volkes mit dem Stimmzettel entscheidet. Der Wille der Mehrheit muß sich durchsetzen. Und wenn Sie diese Mehrheit

erringen, dann wird Sie niemand hindern können, Ihre Wünsche durchzusetzen. Und das wird ja auch hier das letzte Ende sein. Im Frühjahr werden Wahlen sein, und diese werden darüber entscheiden, ob Österreich eine demokratische Republik bleiben wird. Alle diese Pläne der Heimwehr aber werden nicht durchgeführt werden, weil sie dies nicht kann. Denn würde wirklich der Versuch gemacht werden, diese Pläne durchzusetzen, so muß es in Österreich zu dem kommen, was ich geschildert habe. Und Sie alle haben soviel Kenntnis, auch über die Außenpolitik, um zu wissen, daß jeder Bürgerkrieg im Inlande auch außenpolitische Verwicklungen nach sich ziehen und herbeiführen müßte und daß sich in diesem Falle der eine oder andere unserer Nachbarn um unsere Fäden herumstreifen würde.

Und deshalb ist es ein Wahnsinn, ein Verbrechen, diese Bewegung zu unterstützen, und es ist ein schwerer Fehler, wenn der Herr Landeshauptmann Dr. Rintelen solche Menschen unterstützt, die die Zertrümmerung dieses Österreich auf Ihre Fahne geschrieben haben. — Von diesem Gesichtspunkte aus mußte ich die Antwort des Herrn Landeshauptmannes Dr. Rintelen beleuchten. Ich habe den Ausdruck „Ausknieferei“ nicht gebraucht, ich kann mich daran nicht erinnern, ich habe nur gesagt, daß ich diesen feinen Unterschied zwischen Nationalrat und Landeshauptmann nicht mitmache; und das machen anscheinend auch alle anderen Kreise nicht mit. Das Volksempfinden macht einen solchen Unterschied nicht. Wenn ein an so hoher Stelle stehender Funktionär interveniert, so wird man sagen: Nicht als Nationalrat, weil er als solcher nur einer von vielen ist und ebenso wenig Einfluß hat wie die vielen anderen, hat er das getan. Als Landeshauptmann aber hat er Einfluß, und diesen Einfluß auszunützen und in die Waagschale zu werfen für die ruhige Entwicklung des Landes, das ist die Aufgabe und die Pflicht des Landesregierungschefs, des Landeshauptmannes, und alle diese Pläne, dieses Ansinnen, solch dunkle Ehrenmänner zu unterstützen, muß der Landeshauptmann negieren.

Und deshalb sage ich noch einmal: Es war ein schwerer Fehler, den der Herr Landeshauptmann begangen hat, und ich will nur hoffen, daß die heutige Debatte, wenn schon kein anderes Resultat, so wenigstens das eine zeitigt, daß alle verantwortungsvollen Menschen dieses Landes, inklusive des Herrn Landeshauptmannes Dr. Rintelen, sich alle diese Dinge noch einmal durch den Kopf gehen lassen und dann vernünftig, gerecht und geradlinig beurteilen. Dann werden wir auch aus diesem Dilemma, in dem wir uns befinden, herauskommen. (Beifall bei den Sozialdemokraten.)

Ing. Winkler: Hohes Haus! Es ist ganz merkwürdig, daß es eigentlich auch in einem so kleinen Parlament, wie im steirischen Landtag, nicht möglich ist, in sachlicher Art Fragen zu besprechen, Fragen zur Diskussion zu stellen, aber auch Probleme, die uns schließlich jeden Tag entgegentreten, einer Diskussion zu unterziehen. Es entwickelt sich sofort ein Kampf der Zwischenrufer, es steigen die Leidenschaften, und

es wird einem einfach unmöglich gemacht, daß man in tatsächlich sachlicher und objektiver Weise Tagesfragen beleuchtet. Ich muß mich fragen: Wo soll man über diese Dinge reden, wenn nicht im Nationalrate, wenn nicht im Landtage? Dann frage ich, welches Forum (Dr. Illig: „Paldau!“) überhaupt in Betracht kommt, um politische und wirtschaftliche Tagesfragen einer Beratung zu unterziehen?

Der Herr Landesrat Dr. Hübler hat es besonders bedauert, daß es eine bürgerliche Partei war, die es sich erlaubt hat, eine Anfrage an den Landeshauptmann von Steiermark zu stellen. Ich glaube, es wird mir allgemein bestätigt werden müssen, daß ich in sachlicher und objektiver Weise interpelliert und eine Klarstellung verlangt habe. Es wird morgen oder übermorgen in der Zeitung stehen: „Wir haben es immer wieder gesagt, es sind doch Bolschewiken. Das ist der Landbund, der mit den Sozialdemokraten Arm in Arm geht.“ (Riemer: „Da werden Sie berühmt dabei!“) Herr Riemer, Sie werden es auch noch einmal billiger geben (Ing. Wihany: „Zenobius, Zenobius!“), das sage ich Ihnen heute schon, denn wenn Ihre Tätigkeit hier nur in Zwischenrufen besteht, so muß ich sagen, ich bedaure den Bezirk Voitsberg, daß er nur einen Zwischenrufer hereingeschickt hat. (Gaf: „Dann wollen wir einmal unterfragen zwischen Gleichenberg und Voitsberg!“) Herr Abg. Gaf, ich muß noch einmal sagen, diese Infamie ist Ihrer würdig! Wir werden uns die Mühe nehmen, auch einmal Ihre Tätigkeit im Lande hier zu beleuchten, aber nicht dann, wenn wir nur 20 Minuten Zeit dazu haben. (Gaf: „Sie sind ja erpressen gegangen. Wir haben das auch erfahren!“) Hier herrscht ein Ton (Rosenwirth: „Er ist ja Tierarzt!“), für den mir Worte fehlen. (Gaf: „Das sind die Sitten, die Sie hier eingeführt haben. Hinter Ihnen sitzt ja der betreffende Herr!“) Ich glaube nicht, daß ich Anlaß gegeben hätte zu persönlichen Beleidigungen. Ich meine, daß ein solches Betragen wirklich nicht am Platze ist, denn es muß schließlich jedem Abgeordneten und jeder Partei unverwehrt bleiben, politische Fragen dann, wenn der Landtag zusammentritt, zur Diskussion zu stellen. Wir wollten auch, möchte ich sagen, durch diese Interpellation in der Öffentlichkeit eine gewisse Klarstellung hervorbringen, weil wir der Meinung sind, daß wirklich auch wir Landbündler im steirischen Landtage alle Ursache haben, für Maßnahmen der Bundesregierung und speziell der Regierung Schöber einzutreten. Aber wenn davon zu sprechen schon ein Verbrechen ist, wenn es ein Verbrechen ist, daß eine bürgerliche Partei eine Anfrage in der Angelegenheit stellt, dann frage ich die Herren von der anderen Seite und vor allem den Herrn Landesrat Dr. Hübler: Ist es nicht ein Verbrechen, auch von bürgerlicher Seite, wenn der erste Bundesführer der Heimwehr in Österreich, Herr Dr. Steidle, sich unterfängt, auch zum Gaudium der Sozialdemokraten, den Bundeskanzler Schöber als Schützer des Bolschewismus hinzustellen. (Ing. Wihany: „Hört, hört!“) Ist es nicht ein ganz anderes Verbrechen, daß man den Mann, der wirklich am 15. Juli gemeinsam mit der Regierung Ordnung und Ruhe wieder hergestellt hat,

daß man hergeht und diesen Mann zum Schützer des Bolschewismus stempelt? Ist das nicht ein Verrat? Wir müssen das in aller Deutlichkeit aufzeigen. Man geht aber sogar noch weiter. Herr Dr. Hübler hat die Aktion des Herrn Landeshauptmannes als Vermittlungsaktion begrüßt. Ich frage Herrn Dr. Hübler, wie soll denn eine Vermittlung möglich sein zwischen Bundesregierung und Heimwehrführung, wenn in derselben Zeit oberste Heimwehrführer hergehen und diese Regierung und ihre Maßnahmen auf das infamste beschimpfen und verurteilen? Ich sehe davon ab, daß Fürst Starheimberg in Oberösterreich den Landbund zum grünen Bolschewiken stempelt, denn der Fürst Starheimberg kann uns nicht beleidigen. Ich sehe auch davon ab, daß Herr Doktor Steidle erklärte, der Landbund hemme bewußt den nationalen Aufschwung. (Ing. Wigan: „Pfui!“) Aber wenn die Herren soweit gehen, um einen Minister der bürgerlichen Regierung, mit der man verhandelt, um gewisse Erleichterungen zu erreichen, als windischen Bastard bezeichnet (Ing. Wigan: „Pfui!“) und sich die „geschmackvolle“ Taktlosigkeit erlaubt, zu behaupten, Minister Schumy habe alle schlechten Eigenschaften der windischen Rasse, dann muß ich sagen, ich bin dem Parteivorstande der großdeutschen Volkspartei in Kärnten sehr dankbar, der diese unerhörte Beschimpfung eines Mitgliedes der bürgerlichen Regierung in Österreich auf das energischste und entschiedenste gestern zurückgewiesen hat. Es geht gerade in diesen Tagen um die zehnjährige Abstimmungsfeier; wenn die heimatstreuen Slowenen in Kärnten nicht für ein ungeteiltes Kärnten gestimmt hätten, gäbe es heute kein ungeteiltes Kärnten. Und da geben die Führer der antimarkistischen Bewegung in Österreich her und erlauben sich, eine Sprache zu führen, die man nur als Sprache der Rowdys bezeichnen kann. Ich will nur sagen, Herr Landesrat Hübler hat es sich gut gemeint und sieht in der Aktion Rintelen wohlwollend eine Vermittlungsaktion. Aber soll das eine Vermittlungsaktion sein, wenn sie auf der anderen Seite eine derartige Spannung hervorruft? Ist das nicht Mißbrauch der Heimatschutzidee, führt das nicht zu einer Katastrophe? Wenn man nicht nur die bürgerliche Regierung, sondern auch Bundeskanzler Schöber in einer derartigen Weise behandelt und jene bürgerlichen Abgeordneten, die ihn unterstützen, als Ausbund der Menschheit hinstellt, dann — entschuldigen Sie, meine Herren —, wäre es eine Schmach, wenn man den Mut und die Selbstachtung nicht aufbrächte, zu sagen: „Wir lassen uns das nicht mehr gefallen, wir lassen uns diese Sprache nicht bieten!“ Ich befinde mich in sehr guter Gesellschaft mit dieser Auffassung bezüglich der Großdeutschen und Christlichsozialen, denn ich schätze den christlichsozialen Landeshauptmann von Vorarlberg als Mann von Wissen, Klugheit und Können außerordentlich; ich schätze ihn hoch, weil ich Gelegenheit gehabt habe, mit ihm sehr viel beisammen zu sein. Was hat er gesagt in seiner großen Rede am 15. Mai? „Der Heimatdienst soll bleiben zur Abwehr der Angriffe, soll bleiben zur Festigung der Freiheit, zum Schutze der Demokratie!“ Ich möchte auch den ver-

ehrten bauerlichen Vertretern der christlichsozialen Partei sagen, ich befinde mich also in sehr guter Gesellschaft. Wenn ich mir den „Niederösterreichischen Bauernbündler“ der letzten Woche ansehe und lese, da steht unter: „Bauer und Demokratie“ (liest): „Es sind Ohrenbläser am Werke, die hoffen, wieder hochkommen zu können, die es unseren Bauern einreden wollen, an unserem heutigen wirtschaftlichen Elend sei nur die Demokratie schuld. Wenn ein Absolutismus, eine unbeschränkte Herrschaft eines Menschen käme, wäre alles ganz anders. Eine Bauernbewegung, eine Emanzipation, eine wirtschaftliche und soziale Hebung des Bauernstandes ist nur durch die Demokratie gewährleistet!“ Das sagen Ihre Ständesgenossen in Niederösterreich. (Zwischenruf: Riemer. — Ing. Wigan: „Zenobius! Zenobius!“) Ich berufe mich auf sehr viele Zeugnisse von hervorragenden Führern der christlichsozialen Partei. Ich will nur damit sagen, daß die Dinge nicht so liegen, wie sie oft einseitig dargestellt werden: Der Landbund liege nur deswegen in Konflikt mit dem Heimatschutz, weil er es darauf abgesehen habe, mit den sozialdemokratischen Führern feierlichst ein Bündnis, die grün-rote Koalition, zu schließen. Da kommen alle in Verdacht, auch Ihre Parteigenossen, Anhänger einer Koalition mit den Sozialdemokraten zu sein.

Ich glaube, ich habe zu den Erklärungen, die ich in den letzten Versammlungen gegeben habe, nichts hinzuzufügen. Aber eines muß ich noch sagen, weil Doktor Sernes diese Frage angeschnitten hat: die Interpellation ist ein Produkt der Spannung, ein Produkt der gegenwärtigen politischen Lage. Eine Entspannung ist aber notwendig. Schauen Sie, wir Landbündler sind mißtrauisch geworden, seit wir in den Besitz der neuen Verfassungsentwürfe gekommen sind, die Major Pabst für Österreich ausgearbeitet hat. (Dr. Illig: „Wie sind Sie denn in den Besitz gekommen?“ — Riemer: „Sehr bemerkenswert!“) Es haben sie ja andere Menschen auch bekommen! Es ist vielleicht sehr interessant, zu erfahren, wie denn eigentlich die Verfassung im Sinne der faschistischen Auffassung in Österreich aussehen würde. Wenn man dieses Dokument durchblättert, kommt man eigentlich erst so recht zur Überzeugung, wie weit die Verwirrung im Kopfe dieser Menschen gediehen ist! Ich sehe davon ab, daß in der Broschüre „Österreichs Weg zur Freiheit“ als oberstes Ziel die Diktatur hingestellt worden ist und daß man bewußt in den letzten Jahren ein Umwandlung zur faschistischen Richtung mitgemacht hat. Aber ich will sagen, daß die Verfassung und vor allem ihre wichtigste Bestimmung nichts anderes bedeutet. Nicht nur die Aufhebung der Verfassung, nein, sehen Sie, es heißt hier über die Maßnahmen, die ergriffen werden müßten, unter IV: 1. Standrecht, wenn nicht schon im ersten Aufruf der neuen Regierung verkündet, Zensur der Presse, Schutzhaftgesetz, Versammlungsverbot, Wiedereinführung der Militärgerichtsbarkeit (Zira: „Hört, hört!“), lauter Dinge (Lautsch: „Kleinigkeiten!“), die wir Gelegenheit gehabt haben, während des Krieges in einer sehr „humanen“ Form kennenzulernen! (Gaf: „Gerade die Landbundesrequisierer, wie der Herr Zangl, haben sich da ausgezeichnet!“ Herr

Nationalrat Zangl erzählt in Wien, wie schön es bei uns in Steiermark ist!") Lauter Maßnahmen, die uns erst so recht zu denken gegeben haben, was uns dann eigentlich blähen würde, wenn dieses faschistische Regime in Österreich siegen würde! Da muß ich mich fragen, ja wollen wir denn wirklich den Absolutismus in Österreich wieder herstellen, uns wieder dem Regimente eines Menschen unterordnen, oder ist es nicht gescheiter, wir haben weiterhin die Kontrolle der Volksvertretung und sind nicht einem obersten Führer ausgeliefert! (Gaf: „Namentlich, wenn man so eine Bahn gebaut hat; das wäre nicht gut für Sie!“ — Rosenwirth: „Geistreicher Wiß!“ — Zwischenruf: „Das ist schon blöd!") Auch die Zusammensetzung der faschistischen Volksvertretung ist interessant, weil gerade die schaffenden und erwerbenden Stände darin eine Minderheit bilden würden. Und es ist vielleicht ganz zweckmäßig und nützlich, wenn ich gerade den Herren, mit denen ich beruflich einer Meinung bin, wenn ich ihnen sage, daß diese Vertretung nach der Auffassung des Majors Pabst beiläufig so aussieht: Landwirtschaft 12, Industrie 11, Handel 5, Verkehr 5, freie Berufe 16, Banken und Börse 5, Handwerk 5, öffentliche Beamte 5, Hochschulen und Akademien 6, Kirche 4 und andere wichtige Körperschaften des geistigen und gesellschaftlichen Lebens 6. Ich frage Sie, haben wir nicht recht, wenn wir Landbündler eintreten für eine Ständevertretung, aber auf demokratischer Grundlage, wenn wir diesen faschistischen Ständestaat bekämpfen? Was würde Landwirtschaft und Handwerk in diesem faschistischen Ständestaat machen? Sie würden nur eine kleine Minderheit bilden, die beinahe untergeht und nicht viel zu reden hätte! (Dr. Illig: „Dafür kommt die akademische Sektion der Landbündler hinein!“ — Ing. Wißmann: „Und die Kellner!") Sehen Sie, Herr Dr. Illig, mit dem Maßstabe, mit dem Sie diese Dinge messen, brauche ich mich deswegen nicht zu beschäftigen, weil das auf Sie zurückfällt! (Dr. Illig: „Sie reden da lang herum. Geben Sie lieber Antwort auf das, was der Herr Landeshauptmann gesagt hat!") Ich habe den Herrn Landeshauptmann interpelliert, ich habe ihn gefragt! (Gaf: „Stellen Sie den Auflösungsantrag!") Sie wollen wohl Landeshauptmann werden! Ihre Wut ist nur deswegen grenzenlos, weil Sie nicht mehr in der Landesregierung sitzen. (Gaf: „Lassen Sie sich nicht auslachen, lieber Freund!") Ihre Wiße, Herr Landesrat Gaf, kennt doch die ganze Welt! (Ing. Wißmann: „Kinoersatz!") Es ist nicht zum Lachen, schämen sollen Sie sich als Landesbeamter, daß Sie sich so benehmen! (Gaf: „Ich, vor Ihnen? Wo ich als erster christlichsozialer Landesrat Stiere eingeführt habe! Lernen Sie zuerst etwas und dann fahren Sie nach England Handel anschauen!") Gehen Sie das was an? Das möchte ich mir verbeten haben. Möchten Sie vielleicht die Zensur als Landesveterinärdirektor ausüben. Das ist unerhört, ich werde meine Rede zum Protest unterbrechen. (Gaf: „Zu was ist das ganze Gerede?")

Dr. Sernek: Hoher Landtag! Es hat der Herr Landesrat Machold in der Debatte wie auch durch Zwischenrufe den 15. Juli hier einer geschichtlichen

Niederlegung unterzogen, und ich bin der Ansicht, daß man es nicht bei dieser einseitigen Darstellung belassen soll. Herr Landesrat Machold, es ist allgemein bekannt, daß Sie an diesen kritischen Tagen vermittelnd und ordnend eingegriffen haben, und das hat Ihnen die Anerkennung und Hochachtung der ganzen bürgerlichen Bevölkerung von Graz eingetragen, aber es ist nicht richtig, daß das die allgemeine Einstellung der sozialdemokratischen Partei war, und es ist betrüblich, daß Sie von Ihrer eigenen Einstellung aus eine geschichtliche Niederlegung der Ereignisse vom 15. Juli hier im Landtage vornehmen, die den Tatsachen nicht entspricht. Sie werden mir zugeben, daß ich hier im Landtage nur Sachen behauptete, die ich positiv weiß oder selbst erlebt habe, und ich muß, von dieser Einstellung ausgehend, behaupten, daß die sozialdemokratische Arbeiterschaft mitbeteiligt war am 15. Juli. (Machold: „In Wien!") Der 15. Juli hat sich nicht allein über Wien erstreckt, und ich bespreche nur Ihre Behauptung, daß die sozialdemokratische Arbeiterschaft am 15. Juli nicht beteiligt war. Die Wiener Ereignisse kenne ich nur vom Hörensagen, von denen spreche ich nicht. (Machold: „Na also!") Ich kann sagen, daß die organisierte Arbeiterschaft zur Tagwache geblasen hat von 6 bis 7 Uhr früh. (Machold: „Wir reden aneinander vorbei. Ich habe behauptet, daß die organisierte Arbeiterschaft in Wien beim Anzünden des Justizpalastes nicht beteiligt war!") Dann ist es auch notwendig, Herr Landesrat, daß Sie dies auch vom Standpunkte der Provinz aus betrachten, und da war die Sache so, daß die organisierte Arbeiterschaft, und das ist maßgebend, sich einfach die Handhabung der Verwaltung beigelegt hat. Sie ist von Betrieb zu Betrieb gezogen, hat die Niederlegung der Arbeit und Stilllegung der Betriebe veranlaßt, hat den Verkehr einer Kontrolle unterzogen und hat nach ihrem Gutdünken gewaltet. Was ist das anders als Revolution. (Machold: „Das hat die Heimwehr in Judenburg und Unzmarkt auch gemacht!") Als Abwehr, aber die Initiative ist von Ihren Leuten ausgegangen. Die organisierte Arbeiterschaft hat am 15. Juli Handlungen vollzogen, die lediglich der Exekutive zustehen, und hat am 15. Juli Akte der Revolution gemacht, das muß festgehalten werden, wenn auch Sie, Herr Landesrat Machold, als Vermittler diese Akte nicht gutgeheißen haben.

Sie haben weiter gesprochen, daß man von dem heutigen Zustand Abschied nehmen muß, aber das muß nicht nur auf Seite der Bürgerlichen, sondern auch auf Seite der Sozialdemokraten geschehen. Abschiednehmen: 1. von Methoden, 2. von Einstellungen und 3. von führenden Persönlichkeiten. Wenn die Sozialdemokraten auch weiterhin den Klassenkampf predigen, wenn sie die ursprünglichen Forderungen der Arbeiterschaft, die niemand verübelt hat, aufgeben, dann werden die Verhältnisse in Österreich niemals anders werden. Das Abschiednehmen muß in erster Linie von Ihrer Seite ausgehen. Wenn die Sozialdemokraten von ihrer heutigen Einstellung Abschied nehmen, wenn sie die Führer von Wien dorthin schicken, wo sie hingehören, weil sie landfremd und volksfremd sind, wenn sie nichts mehr sind als Vertreter der wirtschaftlich

Arbeitenden, der Arbeiterschaft, dann wird das Abschiednehmen von Gewaltmethoden auf bürgerlicher Seite sehr leicht sein.

Präsident: Es hat sich niemand mehr zum Worte gemeldet, somit ist dieser Punkt der Tagesordnung erledigt.

Der nächste Punkt ist die **dringliche Anfrage der Abgeordneten des Landbundes an den Herrn Landeshauptmann, betreffend die Vorgänge bei den steiermärkischen Landes Schulbehörden.**

Zur Begründung erlaube ich dem Herrn Landesrat Ing. Winkler das Wort.

Ing. Winkler: Ich glaube nicht, daß der Herr Landeshauptmann mit seiner zweiten Rede mich gemeint hat; ich glaube das annehmen zu können, weil er durch meine Begründung das, was er haben wollte, erreicht hat. (Mikola: „Sie sind also zufrieden mit der Antwort?“ — Ing. Wihany: „Wir brauchen Ihre Zustimmung nicht dazu, Frau Abg. Mikola!“ — Zwischenruf Riemer. — Ing. Wihany: „Zenobius! Zenobius!“ — Riemer: „Was wollen Sie eigentlich mit mir? Sie sind ja nicht Pate gestanden bei mir, da sind Sie ja viel zu jung!“)

Hohes Haus! Die Abgeordneten des Landbundes haben eine zweite dringliche Anfrage an den Herrn Landeshauptmann eingebracht, betreffend die Vorgänge bei den Schulbehörden des Landes. Ich erlaube mir zur Begründung folgendes auszuführen.

Im Bezirksschulrate Mürzzuschlag wurde in der Sitzung vom 16. Mai 1930 die Frage der Besetzung der Oberlehrerstelle in Altenberg einer Behandlung unterzogen. Es ist bei Behandlung dieser Stellenbesetzung in Altenberg ein Ternovorschlag des Bezirksschulrates zustande gekommen, der sicher nicht vom Standpunkte der Beurteilung der Ernennungen mit Recht und Ordnung in Einklang gebracht werden kann, denn man hat an erster Stelle den jüngsten Bewerber, Heinrich Riegler, gestellt, an zweiter Stelle Ferdinand Marik, definitiven Lehrer und Schulleiter in Jahnitztal, und an dritter Stelle Friedrich Kosjek, mit 20 Dienstjahren, wobei man, um den dienstjüngsten Bewerber in den Ternovorschlag hineinzu bringen, ältere Bewerber überhaupt aus dem Ternovorschlag ausgeschlossen hat. Der Besetzungsvorschlag des Bezirksschulrates hat sowohl in Kreisen der Lehrerschaft, wie auch in jenen Kreisen, denen die Schule etwas Bedeutsames, etwas Wichtiges ist, große Beunruhigung hervorgerufen, und möchte ich insbesondere feststellen, daß hier tatsächlich ohne Rücksicht auf Dienstalter und Qualifikation der Dienstjüngste an erster Stelle vom Bezirksschulrat in den Vorschlag gestellt wurde. Die Bezirksschulratmehrheit, und zwar Sozialdemokraten und Christlichsoziale haben gemeinsam die Anträge der Mittelgruppe niedergestimmt und haben es (Dr. Illig: „Beinahe so wie in der Bauernkammer!“) durch die Mehrheit zustande gebracht, daß ausgerechnet der dienstjüngste Bewerber an die Spitze des Bezirksschulratsvorschlages gestellt wurde. Ich bitte zu bedenken, daß an erster Stelle ein Bewerber mit 10 Dienstjahren, an zweiter einer mit 24 und an dritter Stelle mit 20 Dienstjahren gestellt

wurde. Ausgeschlossen wurde ein dienstfälligerer Lehrer namens Karlon. (Satz: „Genau so wie beim Lehrer Rottenmanner, da hat es Landesrat Winkler durchgesetzt, daß er angestellt wurde, obwohl ältere Bewerber waren!“) Da war die Differenz nicht so groß. Der Lehrer Rottenmanner zählt gewiß zu den ältesten Lehrern im Lande. (Dr. Illig: „Wenn Sie gewußt hätten, was er Ihnen für Scherereien machen wird, hätten Sie sich nicht eingeseht!“ — Ing. Wihany: „Mit Ihnen wird die Christlichsoziale Partei auch noch viel Scherereien haben!“) In der Landesschulratsitzung vom 25. Juni 1930 hat der Landes Schulinspektor Dr. Köchl den an zweiter Stelle vorgeschlagenen Schulleiter Marik mit 24 Dienstjahren zur Ernennung zum Oberlehrer von Altenberg in Vorschlag gebracht. Die Christlichsoziale Fraktion hat in dieser Landesschulratsitzung den Gegenantrag gestellt, Riegler Heinrich mit 10 Dienstjahren zum Oberlehrer zu ernennen. Ich habe meinen Ohren nicht getraut, als versucht wurde, dem Landesschulrat gegenüber zu begründen, daß, trotzdem ältere Bewerber vorhanden waren, ausgerechnet der Dienstjüngste bestellt werden solle. Man hat das mit sozialen Verhältnissen begründet. Diese soziale Beurteilung ist außerordentlich dehnungsfähig, denn gerade unter den Lehrern gibt es gewiß auch sozial bedürftige und wir hätten nichts einzuwenden gehabt, wenn eine andere Form gewählt worden wäre und etwa dem Heinrich Riegler eine Unterstufung zugestanden worden wäre. Aber daß man es wagt, vorzuschlagen, den Dienstjüngsten zum Oberlehrer zu ernennen, ist meiner Meinung nach doch eine Verletzung des Geistes der bestehenden Gesetze und Bestimmungen. Aber ich habe ebenso verwundert dreingeschaut, als ich die Erklärung des Stadtrates und Stadtschulrates Speck der sozialdemokratischen Partei hörte, sie würden gleichfalls für den Christlichsozialen Vorschlag stimmen. (Illig: „Sie werden geglaubt haben, es geht so wie in der Bauernkammer!“) Da ist mir klar geworden, daß bei dieser Oberlehrerbesetzung in Altenberg zwischen Sozialdemokraten und Christlichsozialen schon wahrscheinlich in Mürzzuschlag eines jener berühmten Bündnisse geschlossen worden war, die wir in den letzten Jahren so oft auf dem Gebiete des Schulwesens verzeichnen mußten und noch zu verzeichnen haben. (Dr. Enge: „Sie kennen solche Bindungen nicht?“) Ich glaube nicht, Herr Dr. Enge, daß Sie in der Lage sind, uns im Landtage nachzuweisen, daß wir, Gesetz und Recht krumm und gerade sein lassend, derartige Koalitionen schließen. Ich lade Sie höflichst ein, aufzustehen und den Beweis anzutreten. (Dr. Enge: „Denken Sie nur an Ihre Zusammenarbeit in der Landesbauernkammer!“) Sie würden Ihre Freude haben, wie der katholische Bauernbund und der Landbund einträchtig dort zusammen arbeiten. (Doktor Enge: „Das ist mir ganz neu!“) Ihre Freude würden Sie haben, wenn Sie daran Freude haben können. Ich möchte nur sagen, daß der Fall Altenberg, die Behandlung dieses Falles von prinzipieller Bedeutung ist. Ich habe deswegen an den Herrn Landeshauptmann als Vorsitzenden des Landesschulrates das Ersuchen gerichtet, ob er nicht bereit wäre, Einfluß zu nehmen,

daß sich derartige Fälle nicht mehr wiederholen. Eine solche Praxis führt nicht nur zu einer Beunruhigung unter der Lehrerschaft, zu einer großen Beunruhigung unter der interessierten Bevölkerung, sondern, ich wage es, auf die Gefahr hin, zuviel zu sagen, zu behaupten, führt zu einer Anarchie im Schulwesen überhaupt. Denn es ist klar, daß eine Behandlung der Angelegenheit in derartiger Weise weder vom Standpunkt des Lehrers, noch vom Standpunkt der Schule, noch vom Standpunkt des Verhältnisses Lehrer, Schule und Bevölkerung von günstiger Wirkung sein kann.

Ein anderer Fall hat sich in den letzten Wochen im Bezirksschulrate Hartberg ereignet, und zwar bei Behandlung der offenen, zur Besetzung gelangenden Oberlehrerstelle von Grafendorf. (Zingl: „Dort gehört halt ein Landbündler hin!“) Der Ortsschulrat hat einen Vorschlag gemacht und der Bezirksschulrat Hartberg hat mit Majorität, glaube ich, den Vorschlag beschlossen, den ich dem hohen Landtage nicht vorenthalten will, weil er wieder zeigt, wie diese Dinge in diesem Lande behandelt werden. An erster Stelle wurde Branaß, Oberlehrer in St. Johann in der Heide, mit 25 Dienstjahren vorgeschlagen. Ein Lehrer mit 25 Dienstjahren gehört meiner Meinung nach wohl aufgenommen in den Tervorvorschlag. Er ist christlich-sozial, ich bin aber objektiv genug, anzuerkennen, daß er infolge seiner Dienstjahre sicherlich auch die Eignung besitzt, die Oberlehrerstelle zu bekleiden, besonders, wenn man sich die anderen Bewerber anschaut. An zweiter Stelle — und das ist das Husarenstückchen, das in Hartberg geritten wurde — erscheint Hermann Wallner, Oberlehrer von Wagendorf, mit zehn Dienstjahren, an dritter Stelle Haubenhof, Oberlehrer in Hofkirchen, mit 21 Dienstjahren und als letzter Bewerber der ausgezeichnet qualifizierte Oberlehrer von St. Magdalenen in Lemberg mit 27 Dienstjahren. Dieser wurde nun ausgeschaltet, um den mit 10 Dienstjahren ausgestatteten Oberlehrer Hermann Wallner an zweiter Stelle in den Vorschlag hineinzubringen. (Zingl: „Das hat man deshalb gemacht, damit länger Ruhe ist mit der Stellenbesetzung!“) Hierzu bemerke ich, daß ein Vorschlag, in welchem auch Verderber enthalten gewesen wäre, vom zuständigen Bezirksschulinspektor erstattet und vom zuständigen Bezirkshauptmann, der gewiß nicht in Gefahr ist, des Verbrechens bezichtigt zu werden, ein Nichtchristlichsozialer zu sein, oder den Christlichsozialen zumindestens nicht nahezustehen, bestätigt wurde. Es hat sich also auch der Beamte dafür ausgesprochen, daß der Vorschlag des Bezirksschulinspektors sachlich und gerecht sei. Aber siehe da! Es erscheinen die Christlichsozialen mit 5 Männern und 1 Frau und der Vorschlag des Bezirksschulinspektors wird mit 5:6 Stimmen niedergestimmt. Obwohl der Gauführer des Heimatschutzes den völkischen Lehrern — Herr Landesrat Hübler! — zugesagt hatte, er werde für Freiheit und Recht eintreten, ist auch derselbe Gauleiter des Heimatschutzes, Graf Kottulinsky, in wunderbarer Parteidisziplin umgefallen und hat gegen den Vorschlag des Bezirksschulinspektors gestimmt. Ich möchte nur zur Illustration der Verhältnisse berichten, daß auf das hin alle völkischen Lehrer des ganzen Be-

zirkes Hartberg ihren Austritt aus dem Heimatschutz gemeldet haben. Ich stehe auch hier nicht im Verdacht, Parteipolitik zu betreiben, ich behandle hier die Frage objektiv, weil ich es für ganz unverständlich halte und auch für unerträglich auf die Dauer, daß durch einfache Majorisierungen, ohne Rücksicht auf Dienstalter, Vorschläge der Bezirksschulräte mißachtet werden und Beschlüsse gefaßt werden, die dem Geiste und der Tendenz der bestehenden Gesetze widersprechen.

Aber man macht es sich in Obersteiermark noch bequemer. In den zwei Bezirksschulräten Bruck und Afslenz, da denkt man sich: Wozu brauchen wir zur Besetzung einen Bezirksschulrat, da geht Schwarz und Rot eng verbunden miteinander. (Dr. Engle: „Das ist der Neid!“) Es schadet nicht, wenn wir über diese Beziehungen etwas deutlicher reden; denn schließlich handelt es sich um große, bedeutende kulturelle Güter, die verteidigt werden müssen. Ich weiß nicht, ob es weder vom einen noch vom anderen Standpunkte aus zweckmäßig ist, solche unnatürliche Bündnisse einzugehen, ich muß das Ihnen überlassen. Ich wehre mich nur dagegen, wenn die Gesetze verletzt werden oder wenn man nicht im Geiste des Gesetzes handelt. Schauen Sie, im Bezirksschulrate Bruck hat man gesagt: Bezirksschulrat hin, Bezirksschulrat her, wir setzen eine „Lehrerernennungskommission“ ein, bestehend aus dem Abg. Wallisch, den Sie so sehr bekämpfen, und dem christlichsozialen Parteisekretär Pachler, die werden schon die Aushilfslehrer einvernehmlich bestimmen, die werden auch die Besetzungsvorschläge dem Bezirksschulrate unterbreiten und es ist auch viel einfacher, denn die Vorschläge sind reif ausgepackelt und die Sache geht dann im Bezirksschulrate viel schneller. Im Bezirksschulrate Afslenz kopiert und praktiziert man nun auch das System Wallisch-Pachler in Bruck. Dort hat man in einer Bezirksschulratsitzung den Beschluß gefaßt, den sozialdemokratischen Vertrauensmann Wanner aus Thörl und den Pfarrer von Afslenz Eigner als „Lehrerernennungskommission“ zu bestimmen und so wurde diese Praxis, die in Bruck scheinbar, ich weiß nichts Genaues, für beide Teile mit Erfolg ausgeübt wird, auch im Bezirke Afslenz eingeführt. Ich muß da manches meiner früheren Auffassung, die ich zu Tage habe treten lassen, korrigieren. Ich kriege immer mehr Hochachtung vor den Beamten im Landes- und Bezirksschuldienste. Ich muß sagen, es scheint doch die Mahnung an das Gewissen Früchte getragen zu haben. Ich muß sagen, ich habe in den letzten zwei Jahren alle Ursache, vor der Objektivität der Behörden in jenen Fällen, wo ich Gelegenheit habe, Einblick zu nehmen, meine Hochachtung zu bezeigen. Im Bezirksschulrate Afslenz war es mit Hilfe der beamteten Vertreter des Bezirksschulrates möglich, den gesetzesverletzenden Vorschlag zunichte zu machen.

Sie sehen aus den paar Fällen, die ich dem hohen Landtage zur Kenntnis bringen wollte, daß es hoch an der Zeit wäre, daß hier eine Änderung eintreten muß und ich will an alle Damen und Herren, soweit sie mit diesen Dingen in Verbindung stehen, soweit sie Einfluß haben auf die Körperschaften, die hier in Betracht kommen, den Appell richten, im Interesse des

Ansehens der Demokratie, im Interesse des Ansehens unserer Verfassung, von der eingeschlagenen Praxis abzugehen und zurückzukehren zu dem einzig möglichen Vorgang, das ist der, daß die Lehrerernennungen wirklich nach den Grundsätzen der Gerechtigkeit erfolgen, daß man nicht einen wegen seiner politischen Gesinnung ausschaltet wie in den letzten Wochen das mehrere Male der Fall war, denn die „Freiheit der Gesinnung“ und auch das „Antiterrorgesetz“ sollen doch keine leere Geste sein. (Wolf: „Und die sozialdemokratischen Lehrer nicht überall hinauschießt!“) Ich bin der letzte, Herr Abg. Wolf, der eine Anwendung von Ungerechtigkeit verteidigen würde, weil ich wirklich dafür kämpfe, daß wir auch auf dem Gebiete des Schulwesens zu einer Entwicklung kommen, die im Interesse des Ansehens des Lehrers liegt, im Interesse der Objektivität und Gerechtigkeit und ich möchte Sie alle herzlichst bitten, mitzuwirken, damit wir die bestehenden Verhältnisse auf diesem Gebiete verbessern.

An den Herrn Landeshauptmann als Vorsitzenden des Landesschulrates richte ich das Ersuchen, seinen ganzen Einfluß hierfür aufzuwenden und ich frage ihn, ob er bereit ist, alles aufzubieten, den Körperschaften, denen er vorsteht, auch die nötigen Anweisungen zu geben, damit die Gründe, die uns zur heutigen Anfrage gezwungen haben, in Sinkunft in Wegfall kommen. (Beifall beim Landbund.)

Dr. Rintelen: Der Herr Vorredner hat, hohes Haus, aus dem großen Komplex der Lehrerernennungen, mit der sich die Bezirksschulräte und der Landesschulrat von Steiermark befassen — das geht im Jahre in die Hunderte, um nicht zu sagen, in die Tausende — zwei Fälle von allen diesen Fällen zusammen genommen, herausgegriffen, um an der Hand dieser Fälle Ungerechtigkeiten, die seiner Meinung nach vorgekommen sind, zu rügen und von mir als Landeshauptmann Abhilfe zu verlangen. Da möchte ich vor allem auf eines hinweisen: Ich bin sehr häufig, sogar meist selbst, Vorsitzender des Landesschulrates, bei vielen Sitzungen werde ich allerdings vertreten, so daß ich einen ziemlich Einblick in die Gesamtheit der Ernennungen habe. Ich muß selbst sagen, wenn ich einige Male die eine oder die andere von diesen Ernennungen aus dem Gesamtkomplex herausgenommen und später wieder überprüft habe, habe ich selbst des öfteren das Gefühl gehabt: Ist da wohl recht gehandelt worden oder hätte nicht vielleicht anders gehandelt werden müssen? Wenn ich dann aber alle anderen Gesichtspunkte wieder in den Kreis der Erwägungen gezogen habe, so habe ich dann oft doch eingesehen, daß der eingeschlagene Vorgang richtig war.

Der Herr Vorredner hat sich seine Interpellation dadurch etwas erleichtert, daß er nur das ungemein leicht feststellbare, rein formale Moment als Grundargument genommen hat, nämlich das Dienstalter des betreffenden Lehrers. Wenn ich bloß damit operiere, erleichtere ich mir ungemein die Arbeit in derartigen Fällen. Aber ich kann den Fall nicht so behandeln, weil vor allem auch die Qualifikation ein entscheidendes Moment ist. Und dann sind da auch vielfach weitgehende soziale Momente zu berücksichtigen. Es

kommen Fälle vor, wo die Lehrer vielleicht jünger sind als andere, aber eine große Anzahl von Kindern haben. Da spielt die Frage mit, daß die Lehrer vielleicht alte Väter und Mütter zu ernähren haben, die außerdem noch eine Pflege brauchen, daß sie dort eine Wohnung haben und dort nicht. Und wenn man nun alle diese Fragen hineinzieht, dann wird es oft schwer, auch das rein äußerliche, formale Moment des Dienstalters heranzuziehen.

Ich war gerade damals nicht Vorsitzender, wie der Posten in Altenberg besetzt wurde, habe mich daher informieren lassen von Landesschulratsmitgliedern. Im Falle Riegler liegt die Sache so, daß die Frau dort angestellt ist und der gemeinsame Haushalt nicht nur eine Rolle gespielt hat, sondern der betreffende Lehrer hat auch noch für seine Mutter und Schwester zu sorgen. Und wenn nun eine solche vielfache ethische Versorgungspflicht mitspielt, wenn man das betrachtet, so ist es wohl naheliegend, daß man diesem Mann dieses Moment erleichtern will, wenn man ihm das Zusammenleben mit seiner Frau gleichzeitig ermöglicht. Ich bitte, so ist der Fall, wie ich informiert wurde, und ich glaube nicht, daß der Fall, so wie dargestellt wurde, zu betrachten ist. Ich habe hier, nach dem, was mir mitgeteilt worden ist, den Eindruck, daß diese Momente ausschlaggebend bei der Besetzung gewesen sind. Vielleicht hat der Fachmann auch auf das rein schulmäßige Moment das Schwergewicht gelegt; daher die divergierenden Ansichten. Aber deshalb ist ja der Landesschulrat nicht nur aus fachlichen Vertretern zusammengesetzt, damit auch andere Momente, alle möglichen Gesichtspunkte eine Rolle spielen können.

Was die Sache in Hartberg anbelangt, so ist ja der Älteste vorgeschlagen worden. Es ist auch an dritter Stelle ein Parteigenosse des Herrn Interpellanten vorgeschlagen worden. Die rein parteipolitische Einstellung kann daher nicht ausschlaggebend gewesen sein, sonst hätte der Bezirksschulrat ja auch an dieser Stelle statt des Parteigenossen des Herrn Interpellanten einen anderen Lehrer vorschlagen müssen. (Ing. Winkler: „Die Christlichsozialen waren nicht da, Herr Landeshauptmann!“) Es spielt auch oft das Moment mit, daß manche Menschen auf eine Summe von Antipathien stoßen, und die Leute sie nicht wollen, sei es in der Gemeinde oder im Bezirk, und das braucht nicht einmal eine parteipolitische Einstellung zu sein — ich spreche da nicht von Grafendorf oder Mürzzuschlag, ich kenne ja die Herren nicht immer — aber dem einen geht zum Beispiel der Ruf der Unverträglichkeit voraus, und da setzt man sich natürlich auch manchmal über das Dienstalter hinweg, wir müssen das auch vom demokratischen Standpunkt tun, und dadurch, daß wir den Bezirks- und Ortsschulrat, der diesen, allenfalls primo loco vorgeschlagenen nicht haben will, auf jede Weise unterstützen wollen, müssen wir auch auf deren Wunsch eine gewisse Rücksicht nehmen.

Und was nun die Zusammensetzung des Ortsschulrates in Bruck anbelangt, wo Herr Abg. Wallisch eine Rolle spielt, so hängt das zusammen mit der Stärke der Partei und es wäre unmöglich, eine Änderung von mir zu verlangen. Ich habe hier nicht als

Parteimann, sondern nur als Landeshauptmann zu sprechen. Man hat es hier mit parteipolitischen Verhältnissen zu tun und ich kann das als Landeshauptmann nicht ändern, man muß auch hier der Macht der Verhältnisse Rechnung tragen. Ich habe das nicht zu bestimmen, weil das durch die Wahlen geschieht und hervorgeht, die nach den Mehrheitsverhältnissen stattgefunden haben.

Ich möchte noch etwas sagen, das ist eine prinzipielle Frage. Der Herr Vorredner sagt, ich solle im Landeschulrat und in den Bezirksschulräten diese Beschlüsse ändern. Ich bin Vorsitzender im Landeschulrat, habe aber nicht das Recht, auf die Abstimmung der einzelnen Mitglieder Einfluß zu nehmen. Wenn der Landeschulrat etwas beschließen sollte, was ich für unrecht halte, dann kann ich als Vorsitzender dirimieren, wenn Stimmengleichheit vorhanden ist, aber ich kann das nicht ändern. Das gleiche gilt im Bezirksschulrate für den betreffenden Vorsitzenden. In diesem Falle ist also meine Intervention eine beschränkte und ziemlich be-

langlose. Ich kann in den einzelnen Fällen vermitteln, habe das auch in vielen Fällen getan und bin es auch in Zukunft zu tun bereit. Aber ein entscheidender Einfluß, eine kassatorische Macht steht mir in diesem Falle nicht zu. Ich erkläre mich aber bereit, damit mir vom Herrn Interpellanten nicht der Vorwurf gemacht werden kann, daß ich mich nicht genügend kümmere, mich an der Hand der Akten zu informieren und behalte mir vor, gegebenenfalls noch in einer späteren Sitzung auf diese Frage, die der Herr Interpellant ebenfalls zum Gegenstande seiner Anfrage gemacht hat, zurückzukommen. (Beifall.)

Präsident: Nachdem sich niemand mehr zum Worte gemeldet hat, ist dieser Punkt der Tagesordnung und die heutige Tagesordnung erledigt.

Das Stattfinden und die Tagesordnung der nächsten Sitzung werden auf schriftlichem Wege bekanntgegeben werden.

(Schluß der Sitzung um 22 Uhr 35 Minuten.)